

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie

Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schicklerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
die sechsgespaltene Kolonelleile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag-Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen!

Bekanntmachung betreffend Wahl der Delegierten zum 17. Verbandstage.

Wie in Nr. 6 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ bekanntgegeben wurde, findet der 17. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen am 7. Juni und folgende Tage im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Die

Wahl der Delegierten

erfolgt für den gesamten Verband

am Sonntag, den 10. April,

in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr in den von dem jeweiligen Wahlstellenvorstand bestimmten Wahllokalen.

Für die Wahl, die geheim ist und durch Stimmzettel erfolgt, gelten die Bestimmungen des Wahlreglements, wie es auch in Nr. 4 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ zur Urabstimmung betr. Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband veröffentlicht ist, nur mit dem Unterschied, daß es sich dort um eine Urabstimmung und jetzt um eine Wahl handelt.

Die Abweichungen bzw. Ergänzungen bei der Wahl der Delegierten gegenüber der Urabstimmung sind folgende:

Die Kandidaten sind in Mitgliederversammlungen aufzustellen. Um größere Stimmenspaltungen zu vermeiden, können sich die zu einem Wahlkreis zusammengezogenen Wahlstellen vorher über den oder die Kandidaten verständigen.

Die Vorschlagsliste ist, mit dem Namen des oder der Kandidaten des Wahlkreises versehen, im Wahllokal auszuhängen.

Die Stimmzettel sind in den Wahlstellen selbst herzustellen und mit dem Wahlstellenstempel zu versehen. Die Wahlstellen haben auch ihren Hauptstellen entsprechend der Zahl der dortigen Mitglieder, abgestempelte Stimmzettel auszustellen.

Stimmzettel sind ungültig:

wenn sie nicht mit dem Wahlstellenstempel versehen sind;

wenn sie mehr Namen enthalten, als Delegierte in den Wahlkreisen gewählt werden dürfen;

wenn geschriebene Namen so unleserlich geschrieben oder verwischt sind, daß nicht zu erkennen ist, wer damit gemeint sein könnte;

wenn zwei oder mehrere ineinandergesetzte Stimmzettel abgegeben werden, sind diese sämtlich ungültig.

Wenn in einem Wahlkreise nur soviel Kandidaten aufgestellt sind, wie gewählt werden müssen, so sind auch

Erfahrmänner

aufzustellen und gilt die Vertretung nach der Stimmzahl.

Bei gleicher Stimmzahl der Delegierten findet

Stichwahl am Sonntag, den 24. April,

zur gleichen Tageszeit und unter denselben Vorschriften wie bei der Hauptwahl statt. Ergibt sich auch hier gleiche Stimmzahl, so entscheidet das Los.

Sind die Kandidaten mit gleicher Stimmzahl an einem Orte, so lösen sie selbst, im anderen Fall der Hauptvorstand in einer Sitzung.

Ist ein Delegierter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Hauptvorstand umgehen mitzuteilen, welcher dann als Erfahrmann den Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nach ihm bezw. außerhalb der gewählten Delegierten die höchste Stimmzahl erhalten hat oder in der Stichwahl oder durch Losentscheid gegen ihn unterlegen ist.

Nach Beendigung der Wahl ist das Resultat sofort festzustellen, ein Protokoll darüber aufzunehmen, in den einzelnen Wahlstellen, wo in mehreren Wahllokalen gewählt wird, Protokolle aus den Wahllokalen zu sammeln und diese sofort an den Verbandsvorstand einzusenden.

Die Stimmzettel bleiben in den Wahlstellen aufbewahrt und müssen auf Verlangen des Verbandsvorstandes eingesandt werden.

Wahlmaterial (Vorschlagsliste, Wählerlisten, Protokoll) geht den Wahlstellen in den nächsten Tagen zu; wo das Material nicht reicht, verlange man weiteres.

Nachstehend veröffentlichen wir die Wahlkreise

Wahlkreise

beginnen die zu einem Wahlkreis zusammengezogenen Wahlstellen unter Beifügung der Zahl der in jedem Wahlkreis zu wählenden Delegierten:

1. Wahlkreis: Bromberg, Elbing, Königsberg i. Pr., Memel, Tilsit, Czarnikau, Glogau, Görtz, Girschberg, Ratibowitz, Protoschin, Landeshut, Liegnitz, Neufals a. Ober, Oppeln, Rosen, Rhinid, Schweidnitz, Striegau, Waldenburg: 1 Delegierter.
2. Wahlkreis: Breslau: 1 Delegierter.
3. Wahlkreis: Berlin: 5 Delegierte.
4. Wahlkreis: Stettin: 1 Delegierter.
5. Wahlkreis: Brandenburg, Gattbus, Eberswalde, Finsterwalde, Forst i. L., Frankfurt a. Oder, Fürstenwalde, Guben, Landsberg a. W., Ludenwalde, Oranienburg, Rotsdam, Rathenow, Schwiebus, Werder: 1 Delegierter.
6. Wahlkreis: Bremen, Bremerhaven, Buxtehude, Stade, Verden: 2 Delegierte.
7. Wahlkreis: Hamburg: 2 Delegierte.

8. Wahlkreis: Harburg a. E., Kiel, Lübeck, Mülln, Lönbern: 2 Delegierte.

9. Wahlkreis: Aurich, Celle, Heidmühle, Isehoe, Norden, Oldenburg, Osnabrück, Segeberg, Uelzen, Uetersen, Wilhelmshaven: 1 Delegierter.

10. Wahlkreis: Doberan, Elmshorn, Flensburg, Greifswald, Güstrow, Lübz, Neumünster, Neustrelitz, Neubrandenburg, Röbbel, Rostock, Schwerin, Stralsund, Waren: 1 Delegierter.

11. Wahlkreis: Alfeld, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Peine: 2 Delegierte.

12. Wahlkreis: Blankenburg, Braunschweig, Clausthal, Duderstadt, Einbeck, Gernrode, Goslar, Helmstedt, Osterode, Oschersleben, Wolfenbüttel: 1 Delegierter.

13. Wahlkreis: Aschersleben, Burg bei Magdeburg, Gardelegen, Magdeburg, Neuhaldensleben, Salzwedel, Schönebeck, Stendal, Wittenberge: 1 Delegierter.

14. Wahlkreis: Chemnitz: 1 Delegierter.

15. Wahlkreis: Erfurt, Plauen i. V., Zwickau: 1 Delegierter.

16. Wahlkreis: Leipzig: 1 Delegierter.

17. Wahlkreis: Dresden: 2 Delegierte.

18. Wahlkreis: Altenburg, Gera, Halle: 1 Delegierter.

19. Wahlkreis: Eisenberg, Glauchau, Gotha, Greiz, Grimma, Meissen, Oelsnitz, Maderberg, Niesha, Rudolstadt: 1 Delegierter.

20. Wahlkreis: Apolda, Dessau, Eisenach, Nordhausen, Sonneberg, Weimar: 1 Delegierter.

21. Wahlkreis: Arnstadt, Bernburg, Coburg, Cöthen, Frankenhäuser, Halberstadt, Ilmenau, Kahla, Langensalza, Mühlhausen i. Th., Neustadt a. Orla, Saalfeld, Sangerhausen, Schleusingen, Suhl, Wittenberg: 1 Delegierter.

22. Wahlkreis: München: 4 Delegierte.

23. Wahlkreis: Landshut, Regensburg: 1 Delegierter.

24. Wahlkreis: Ansbach, Bayreuth, Ingolstadt, Schwabach, Straubing, Traunstein: 1 Delegierter.

25. Wahlkreis: Nürnberg: 1 Delegierter.

26. Wahlkreis: Bamberg, Fürth, Passau, Rothenburg ob der Tauber: 1 Delegierter.

27. Wahlkreis: Erlangen, Kulmbach: 1 Delegierter.

28. Wahlkreis: Darmstadt, Dießen, Hof, Schweinfurt: 1 Delegierter.

29. Wahlkreis: Kalen, Aschaffenburg, Schw.-Gmünd, Würzburg: 1 Delegierter.

30. Wahlkreis: Augsburg, Kempten, Lindau, Ulm: 1 Delegierter.

31. Wahlkreis: Colmar, Freiburg i. B., Konstanz, Lahr, Lörrach, Mühlhausen i. El., Schwemmingen, Tuttlingen: 1 Delegierter.

32. Wahlkreis: Geislingen, Göppingen, Heidenheim, Leutkirch, Ravensburg, Reutlingen, Saulgau, Stuttgart, Tübingen, Waldkirch, Waldshut: 2 Delegierte.

33. Wahlkreis: Heidelberg, Heilbronn, Meß, Offenburg in Baden, Straßburg i. El.: 1 Delegierter.

34. Wahlkreis: Karlsruhe: 1 Delegierter.

35. Wahlkreis: Cassel, Eschwege, Hersfeld, Pfungstadt, Siegen, Ilms, Witten: 1 Delegierter.

36. Wahlkreis: Frankfurt a. M.: 2 Delegierte.

37. Wahlkreis: Ludwigshafen, Mannheim, Oggersheim: 1 Delegierter.

38. Wahlkreis: Coblenz, Kaiserslautern, Mainz, Pirmasens, Schweigen, Speyer, Trier: 1 Delegierter.

39. Wahlkreis: Aachen, Frankenthal, Hagen, Luxemburg, Saarbrücken, Solingen, Worms: 1 Delegierter.

40. Wahlkreis: Trier, Duisburg, Düsseldorf, Oberfeld, Mülheim a. d. Ruhr: 1 Delegierter.

41. Wahlkreis: Amsterdam, Andernach, Antwerpen, Brüssel, Köln: 1 Delegierter.

42. Wahlkreis: Dortmund, Essen, Wanne: 1 Delegierter.

43. Wahlkreis: Bielefeld, Bochum, Detmold, Hamm, Minden, Stadthagen: 1 Delegierter.

Der Verbandsvorstand,
H. A. M. Ebel

Arbeiter, die ihre Feinde wählen!

Die preussische Wahlrechtsbewegung hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur offenen Stellungnahme gezwungen. Die preussische Regierung hat durch ihren famosen Wahlrechtsentwurf offenbart, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht für würdig erachtet, im Staatswesen mitzuarbeiten. Sie ist Gegner des gleichen Wahlrechts, das dem unbemittelten Manne den gleichen Einfluß auf den Landtag einräumt, wie dem Besitzenden. Sie gibt 2 Millionen und 7 Wohlhabenden doppelt soviel Stimmrecht, als 41 Arbeitern, Angestellten, Handwerker und Kleinbauern; ja 6 der privilegiertesten Staatsbürger können 44 der übrigen niederstimmen. Die Regierung hat aber auch nicht einmal so viel Vertrauen zu ihren Staatsbürgern, um ein unbefugtes Votum derselben zuzulassen, sonst würde sie sich nicht gegen die geheime Abstimmung sträuben und sie als unannehmbar bezeichnen. Die Forderung der öffentlichen Stimmabgabe zu

Protokoll soll den Wähler daran erinnern, daß er sich jederzeit und gegen jedermann wegen seiner Stimmabgabe zu verantworten hat. Für jeden abhängigen Wähler liegt darin eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Nicht einmal zu ihren eigenen Beamten, Angestellten und Arbeitern hat diese Regierung das Vertrauen, daß sie ohne öffentlichen Druck ihrer Ueberzeugung folgen dürften, denn gerade dieser Staatsangestellten und -arbeiter wegen will die Regierung die offene Abstimmung. Entrechtung und Einschüchterung aller abhängigen, nichtbesitzenden Wähler, das ist die Stellung der preussischen Regierung zum preussischen Volke. In der Preußenhymne heißt es:

„Nicht Ross, nicht Reifige
Sichern die steile Höh'
Wo Fürsten stehen!
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Manns
Gründen den Herrscherthron
Wie Fels im Meer!“

Im Wahlrechtsentwurf der Regierung lautet der Text ganz anders! Da wird das eigene Volk als der Feind des Staatswohls behandelt, dessen Existenz möglichst zu unterdrücken sei. Da wird die freie Ueberzeugung des Mannes mit Füßen getreten und die Liebe zum Vaterlande berast gelohnt, daß selbst ein Pfarrer Raum öffentlich erklärte, er schäme sich, ein Preuze zu sein! Diese Regierung ist ein Feind alles dessen, was nicht durch Besitz und zivilisatorische Ueberzeugungslosigkeit legitimiert ist. Sie ist der Feind der Arbeiter und Angestellten, der Kleinrentner, Kleinrentner, Kleinrentner, die sie entrechtet will. Sie ist das Werkzeug der „Edelsten und Reichsten“ der Nation, der Junker und Millionäre, der Konserbativen, deren Herrschaft in Preußen sie dauernd zu stützen versucht, weil diese zugleich Gegner des Reichstagswahlrechts sind und jeden Wohlrechtsraub im Reich grundtätig unterstützen würden. Es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß ein Angehöriger der dritten Wählerklasse die konservative Partei in Reich, Staat oder Gemeinde in irgendeiner Form unterstützt. Kein Mann könnte so einfältig sein, dem Wolf sein Vertrauen zu schenken, — es kennt seinen Kothfen und meidet ihn. Und doch wählen Hunderttausende der Entrechteten und Verachteten, der Deklassierten konservative Abgeordnete! Nur politischer Unverstand, den ein Mann beschämen müßte, bildet die Erklärung für solchen Wahnsinn. Diesen Unverstand zu überwinden, wird das Werk der bis in die Tiefen des Volkes eindringenden Wahlrechtsbewegung sein, die Licht und Wahrheit bis in die düstesten Höhlen trägt und den Arnten das Bewußtsein seiner Menschenwürde wiedergibt.

Auch die bürgerlichen Parteien haben Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen müssen. Für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in Preußen treten nur die Freiparteien ein, so sehr sie auch vieles von der Sozialdemokratie scheidet. Es ist dies ein erfreulicher Erfolg der Wahlrechtsbewegung, die diesen Parteien die Heeresfolge aufzwingt. Die Nationalliberalen fordern zwar die geheime Abstimmung und die direkte Wahl; auch erhebt ihr Parteinteresse eine gerechtere Wahlkreiseinteilung, die den Städten und Industriekreisen mit starkem Bevölkerungszuwachs den ihnen gebührenden Einfluß sichert. Aber sie wollen nichts von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wissen, sondern verlangen, daß die Stimmen nach Besitz, Bildung und Verdiensten gewogen werden. Vereint mit den Konserbativen und der Regierung stützen sie das Dreiklassenwahlrecht; höchstens ein Puralwahlrecht, das den Besitz privilegiert, fände Gnade vor ihren Augen. In der Landtagskommission haben die Nationalliberalen die Anträge auf Befreiung des Klassenwahlrechts, auf Herabsetzung des Wahlfähigkeitsalters, sowie auf niedrigere Maximierung der Steueranrechnung niedergelegt. Dafür unerschütterlich durch Anträge, die glücklicherweise abgelehnt wurden, den Wahlrechtsgegner der Regierung, mittels Emporhebung gewisser Wählerklassen die Entrechtung der dritten Klasse wirksamer zu gestalten, und versuchten die Drittelung der Wähler nach Wahlkreisen statt nach Stimmbezirken durchzusetzen, wodurch ebenfalls der Einfluß der Minderbemittelten geschmälert würde. Die Nationalliberalen wollten dem Volke das beleidigend-schmachvolle System der „gehobenen Wähler“ dadurch schmählicher machen, daß sie auch den sogenannten „lebenslänglichen Arbeitern“, die mindestens 12 Jahre in ein und demselben Dienstverhältnis standen, ein erhöhtes Wahlrecht sichern wollten. Das hieße die Arbeiterentlassung noch mehr in den Dienst der staatsverhaltenden Klassenpolitik stellen und neue Wahlprivilegien von Unternehmern Gnaden schaffen, — ein Hohr für alle diejenigen, die die Industrie in Zeiten des Arbeitsmangels aufs Pfahler stößt. So wenig versteht diese Partei die Volkshöhe, daß sie um des schändlichsten politischen Schwunders willen die schmerzlichen Empfindungen derjenigen berleiht, die durch ihrer Hände Arbeit das ganze Staatsgefüge erhalten. So kann nur eine Partei mit dem Arbeiter umspringen, die die Arbeit als Quelle des Reichtums anderer schätzt, den Arbeiter in Gründe ihrer Seele aber verachtet!

Und so selten es klingen mag, — auch nationalliberale „Wahlrechtler“ werden von Arbeitern gewählt. Besonders in Wahlkreisen, wo der Liberalismus noch mächtig die Kulturkampfpunkte gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Drohreden ihre Arbeiter rücksichtslos als Stimmvieh zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassenfeinde veründigen, — daß sie, die De-

Massen, die liberale Klassenpolitik bekämpfen, anstatt das Klassenwahlrecht durch ein gleiches Wahlrecht zu ersetzen? Wenn sie noch niemals daran gedacht haben, dann ist es die höchste Zeit, ihnen das so deutlich wie möglich zu sagen, denn die Haltung dieses Liberalismus im Wahlrechtskampf ist gemeingefährlicher selbst als die der Junker, die wenigstens kein Hehl aus ihrer Feindschaft gegenüber dem demokratischen Wahlrecht machen.

Auch die Zentrumspartei stützt sich auf Wähler aus Kreisen der Arbeitererschaft und Minderbemittelten. Sie weiß dies und gibt deshalb vor, Anhängerin des Reichstagswahlrechtes für den preussischen Landtag zu sein. Dieser Grundsatz hätte ihr eigentlich verbieten müssen, dem Regierungsentwurf, der eine dreifache Verschönerung des Reichstagswahlrechtes bedeutet, die Ehre einer Kommissionsberatung zu gönnen. Aber das Zentrum arbeitet nur in der Agitation mit Prinzipien, — im Parlament operiert es dem Parteiführer rücksichtslos die Rechte und Mittel des Volkes. Am 12. März mit den Konservativen einen neuen Regierungsbund zu gründen, überdies diese Partei den Vermitteln eine unerhörte Steuerlast auf, indes sie den Junkern und Millionären die Erbschaftsteuererhöhung erspart. Auch im preussischen Dreiklassenwahlrecht hat das Zentrum den schmutzigsten Wahlrechtskämpfer betriebeben, — so schmutzig, daß selbst der Reichstagsliberalismus sich dessen geschämt hätte. Unter der Vorgabe, Gegnerin des ungleichen Wahlrechts zu sein, hat diese Partei in der Kommissionsberatung keinen einzigen Versuch gemacht, ein gleiches Wahlrecht durchzusetzen, obendrein aber auch alle Anträge zu Fall gebracht, die eine Milderung der Nachteile der Wahlungleichheit durch mathematische Beschränkung des Einflusses der privilegierten Klassen bezweckten, indem sie sich der Abstimmung enthielt. Auch für die niedrigere Majorisierung der Steueranrechnung war das Zentrum nicht zu haben und noch weniger will es an der veralteten Wahlkreiseinteilung rütteln lassen, die den ländlichen Kreisen ein so enormes Übergewicht über die Stadt- und Industriebezirke verleiht und die industrielle Arbeitererschaft doppelt und zehnfach entrechtet. Deshalb haben denn die christlichen Arbeiterabgeordneten so wenig Einfluß auf das Zentrum, daß dieses unbeschadet des frivolen Volkswortes der Steuerbewilligung wagen durfte? Weil diese Partei ihre beste Stütze in Preußen und in den Volksschichten findet, die von der Arbeit anderer zehren, und diesen Schichten rücksichtslos das Interesse der Industriearbeitererschaft nachsetzt! Wäre das Zentrum wirklich eine Arbeiterpartei und Anhängerin des gleichen Wahlrechts, so müßte es den Industriearbeitern zu einer gerechten Wahlkreiseinteilung verhelfen, die ihnen das gleiche Recht sichert wie den Landwirten.

Aber anstatt hier Arbeiterpolitik zu betreiben, hat das Zentrum in der Kommission auch noch die wichtigste Verbesserung der Regierungsvorlage, das direkte Wahlrecht, preisgegeben, um die Zustimmung der Konservativen zur geheimen Wahl, die ohnedies bereits beschlossen war, zu ergattern. Mit den schlimmsten Feinden der preussischen Wahlreform verbündet sich diese Partei und opfert ihren Volksgelübten das letzte, was die Krone für die Arbeiter übrig hatte. Man ist manches gewohnt vom Zentrum, — aber noch niemals war die Verblüffung so allgemein, als nach diesem schändlichen Handel! Das Zentrum will den Arbeitern das Recht nehmen, ihren Abgeordneten selbst zu wählen; es will ihnen aufs neue den überlebten Wahlmännerwahlrecht aufzwingen, und diese Wahlmänner sollen auch noch öffentlich ihre Stimme beim eigentlichen Wahlgang abgeben, damit Behörde, Junker und Arbeitgeber den Mann einschüchtern können, den die geheime Wahl zum Vertrauensmann der Wähler machte!

Was sagt die christliche Arbeitererschaft zu dieser „Arbeiterpolitik“ des Zentrums? Wird sie schweigen zu solcher Verletzung des grundsätzlichen Verlangens nach dem Reichstagswahlrecht für Preußen? Wird sie sich dazu hergeben, diesen Verrat der weit schlimmer ist als das, was Herr v. Bethmann Hollweg dem Volk zumute, mit ihrer Zustimmung bedeu? Anstatt sich weigern wäre Billigung, wäre Mitgeschuld an dieser neuen Entrechtung! Die christlich organisierten Arbeiter Preußens und im ganzen Reich werden Stellung zu dieser Haltung des Zentrums nehmen müssen, das fordern nicht bloß wir, — das verlangt das ganze Land, das in dieser schändlichen Stunde von den Schwärmern der ganzen aller Wahlrechtsbewegungen durchquert ist, — das erfordert ihre eigene Arbeiter-ehre. Sie dürfen sich ja nicht mehr als Klassenangehörige ehrlicher Arbeiter sehen lassen, wenn sie schweigen zu diesem unerhörten Handel! Noch ist es vielleicht Zeit, den Verrat zu verhindern, — den zu brandmarken und sich loszusagen von dieser Politik ist es nie zu spät!

Die Wahlrechtsbewegung des arbeitenden Volkes in Preußen wird Klarheit über diese Situation schaffen. Sie wird den Wahlrechtswort des Zentrums den christlichen Arbeitern vor Augen führen, — sie wird nachdrücklich allen Verschönerungs- und Verschönerungsversuchen dieser Partei entgegenzutreten und Antwort fordern von den christlich organisierten Arbeitern auf die Frage: **Süß es Euch erst mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen?**

Arbeiter, die Ihr verblendeterweise Eure bittersten Feinde wählet, — schämnet Euch nicht betrogen werden! Aber lernt daraus und fordert Rechenschaft von den Wahlrechtswortführern!

Der christlich-gelbe Verrat in Freiburg i. Br.

Die Industriearbeiter und die mit ihnen verbündeten christlichen Arbeitervereine sind sich gegenseitig und bewahren sich vor verästelten Kräften, die hinterhältig und verräterisches Verhalten zu lehrreichen und als recht hinstellen.

Im folgenden schreibt es die **Freiburger Tagespost**, natürlich ein Zentrumorgan. Jedes andere bürgerliche Blatt hielt sich jedenfalls doch noch für zu gut dazu, die aus den Fingern gezogenen gegen den Brauereiarbeiterverband gerichteten Verleumdungen eines Mitgliedes der gelben Streikbrecherorganisation, die er in seiner Organ ablegte und die ein Mensch mit gesundem Verstand sofort als hochschändlichen Unfug erkannt wieder gegeben. Auch die **Freiburger Tagespost**. Es drückt die wohlwollendste und auch die am wenigsten eigenen Schenkerin der **Freiburger Tagespost** Arbeitervereine, der spärlichen rector der Sache, aber was von dem christlichen Urteil und der Wahrscheinlichkeit mancher „Anklagen“ gewissheitsvoller zu halten ist, wird auch die **Freiburger Tagespost** wissen, (siehe Engel) über die **Freiburger Tagespost** bedarf keiner Worte, die es verstehen, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und aus den fröhlichen Quellen zu schöpfen. In den Orten, wo die „Gelben“ von den „Christlichen“ nicht ohne Nutzen, werden sie von ihnen gelbes Gemüth gemacht, von welchem die christlichen weit abzuweichen, aber da, wo sie sich dem Verrat der Arbeitergemeinschaften haben, sind für ein Jahr und eine Seele. Der **Freiburger Tagespost** mit ihrer Schenkerin, die als Schenkerin des gelben Streikbrechers sei es gewollt, oder wider in Köln nach in Dortmund, Düsseldorf oder Essen, wie der gelbe Streikbrecher sagt, Streiks zu provozieren haben, und das in Hamburg wie überall zuvor und nachher der gelbe „Verrat“ allem und

in coram den Streikbrecher machte. Daß sich aber das „christliche Zentrumorgan, die **Freiburger Tagespost**“ gemeinsam mit den Gelben freut, daß die rheinisch-westfälischen Schachtmacher in der Brauindustrie im Jahre 1905 1060 organisierte Brauereiarbeiter aus sperrten, wobei die Christlichen und Gelben auch den Arbeiterverrat gemeinsam betrieben, das kennzeichnet diese „christliche“ Seele zur Genüge, und wir wissen nicht, wie tief er einzuschlagen ist: die **Freiburger Tagespost** oder ihr gelber Schlingel und Vorbeter.

Auf den gemeinsamen Schwindel der Christlich-gelben zur Rechtfertigung ihres Arbeiterverrats werden wir in nächster Nummer ausführlicher eingehen, für heute sei nur ein Hinweis über die Gemeinschaft der Unternehmer mit den Christlich-gelben zu bestimmten Zöden und zur Charakterisierung der von den Christlichen an den Verräter genommene Streikbrecherorganisation wiederzugeben. Eine Karte des seit jeher in innigen Beziehungen zum gelben Bund stehenden St.-elkenvermittlers Franz Joseph Hipp, Freiburg, am 19. Februar 1910 nach Mannheim gerichtet, hat folgenden Wortlaut:

„Wenn Sie dem Sozi. Verbands nicht angehören so können Sie kommen oder die Zeugnisse Abschriften einsehen. Aussicht ist da, aber nur mit der Obigen Bedingung. Ich kann es nicht ändern der Lohn ist gut geregelte Arbeitszeit. Aber von dem Verbands will diese Brauerei keine mehr haben wegen Streitigkeiten untereinander.“

Mit Gruß Fr. Joseph Hipp. 13. 2. 1910.

Wald nach Ausbruch des Streikes trat Hipp, wie in früheren Fällen auch, wieder in Tätigkeit und kamte auch schon die Absichten der Brauerei, die sie nicht erst von diesem Augenblick hatte. So arbeiten die interessierten Mächte zusammen, um die gerechtfertigten Forderungen der Brauereiarbeiter zu hintertreiben. Wir werden sie aus dem Dunkel herausstreifen und auch den speziellen Plänen der Unternehmer nachspüren. Sie sollen ihre Freude daran haben.

Die Urabstimmung

zur Frage der Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband hatte folgendes Ergebnis:

Es wurden abgegeben	17 141 Stimmen
Davon für die Verschmelzung	11 578 „
gegen die Verschmelzung	5 414 „
waren ungültig	149 „

Aus 31 kleineren Wahlstellen steht das Resultat bis jetzt noch aus.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugzug ist fernzuhalten nach **Wiebrich a. Rh., Marktredwitz, Freiburg i. Br., Kiegei v. Freiburg und Bruchsal. Brauereien.**

† Malen. Am 20. Februar fand eine zahlreiche Versammlung statt. Der neue Tarifentwurf, welcher die Tagelohnordnung bildete, hatte keine Wirkung erzielt und hatte manche, welche bisher geschlafen, aufgeweckt. Kollege **Roshamer-Haidenheim**, welcher den Anwesenden die neue Vorlage in allen seinen Teilen gründlich erläuterte, betonte es, die Aufmerksamkeit aller Anwesenden zu fesseln. Redner betonte, daß der abgelaufene dreijährige Vertrag, welcher am 1. Januar, gekündigt wurde, den gegenwärtigen Anforderungen nicht mehr entspreche; auch weise er manche andere Mängel auf, welche in der neuen Vorlage ausgebeßert werden müssen. Hauptächlich für die Bierfabriker müssen andere Verhältnisse geschaffen werden, auch für die Hilfsarbeiter, denn gerade diese Position haben sich innerhalb dieser Zeit die Unternehmer zumeist gemacht und an Stelle gelernter Arbeiter, ungelernete und schlechter bezahlte Hingestellte. Schärfer betonte er die Tarifabschwächungen, welche von seiten der Unternehmer gemacht wurden; leider trägt ein Teil der Kollegen die Schuld selbst daran; mancher nahm die Sache oberflächlich, ließ sich ruhig gefallen und vernachlässigte dabei seine eigenen Interessen. Hoffentlich haben es diejenigen eingesehen, und werden sich in Zukunft um ihr tarifliches Recht mehr kümmern, denn nur dadurch ist es möglich, jeden Seitenhieb zu parieren.

Nachdem der neue Tarif einstimmig angenommen, wurde beschlossen, denselben am 1. März an die Unternehmer einzureichen. Erfreulich ist, daß auch die Kollegen der Kreuzbrauerei endlich einmal zur Ueberzeugung kamen, und sich fast vollzählig unseren Reihen anschlossen. Offenlich werden diejenigen, welche noch umherirren, den Weg zu uns finden, denn nur durch den Verband wird ihre teilweise noch so traurige Lage verbessert. Nachdem noch Kollege **Roshamer** über die Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiter-Verband referierte, erfolgte die Urabstimmung. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, bis zum Abschluß des Tarifes recht ruhig und vorzüglich zu sein und sich nicht durch Uebersprechungen oder Abmachungen seitens der Unternehmer verblüffen zu lassen, denn derartige Uebersprechungen seien nicht von Dauer und müßten die Kollegen hernach schwer büßen.

Darum Kollegen von Malen und Wasseralfingen, sorgt dafür, daß diejenigen, welche das Angebotsgefühl noch überwältigt, es abschütteln mögen und sich uns anschließen, denn nur davon wird es abhängen, daß der neue Tarifabschluß alle befriedigt.

† Berlin. Der Verein der Brauereien hat die Tarifverhandlungen bei der ersten Zusammenkunft abgebrochen, nachdem die Lohnkommission es ablehnte, gemeinsam mit den Gelben zu verhandeln. Jetzt muß sich die Agitationsarbeit der Kollegen verdoppeln, ein jeder muß mithelfen, die Organisation zu stärken.

† Köln. Mit dem Stand der Tarifbewegung beschäftigte sich die Versammlung vom 20. Februar. Kollege **Guber** erläuterte den Bericht. Endlich hat man sich einmal dazu bequemt, mit den Arbeitern zu verhandeln. Der Syndikus der Brauereien, Dr. **Sunder**, erklärte, daß die Brauereien angefaßt der schlechten Lage, in der sie sich befinden, nicht viel bewilligen könnten, von dem Abschluß eines Tarifes könne überhaupt nicht die Rede sein, weil auch die Zeit zu kurz sei, denn die Brauereien Rheinlands-Bezirks hätten prinzipiell keinen Tarif mehr über die Zeit bis September 1910 hinaus ab. Zu allen Ständen dieses Bezirkes lenkte die Tarife zu gleicher Zeit ab, deshalb soll für Köln nur ein Provisorium eingeführt werden. Die Lohnkommission stimmte nach reiflicher Ueberlegung einem solchen Provisorium zu, wenn die Angebote danach seien. Von den Brauereien wurde pro Köln und Rode eine blaue Karte geboten. Wenn man sich auch darüber klar war, daß von diesen Herren nicht viel zu erwarten war, so hätte man aber ein besseres Angebot doch nicht erwartet, das wie ein Hohn auf die Brauereiarbeiterhaft vor Köln ausfiel. Die Lohnkommission formulierte um ihre Forderungen und gab sie den Vertretern der Brauereien mit auf den Weg, mit dem Bemerkten, daß das das mindeste sei, was die Brauereiarbeiter in Köln zu beantragen berechtigt seien. Das ist:

Verlängerung der Anwesenheitspflicht im Betriebe um eine halbe Stunde, so daß die Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 9½ Stunden im Winter und 10 Stunden im Sommer nur noch eine Prämienzeit von 1½ und 12 Stunden gegen 12 und 12½ Stunden wie bisher, haben. Für Wochentage und Feiertage sollen Wochenlöhne statt der bisherigen eingeführt und diese den Brauereien und Handwerklern gleichgestellt werden. (Was jetzt haben sie 150 Mk. im Anfangs- und Endlohn weniger.) Dasselbe soll bei den Hilfsarbeitern (Haltlosen) gelten, was bei dieser Kategorie in einigen Brauereien immer schon geschah, wurde, andere haben aber diesen Vorteil 21 bis 23 Mk. bezahlt (laut Tarif ist das der Hilfsarbeiterlohn). Des weiteren sollen die Bier- und Esbierer im Sommer von 7 Uhr und im Winter von 6 Uhr abwärts Ueberstunden bezahlt bekommen.

um der grenzenlosen Ausbeutung dieser Leute durch einige Brauereien Abbruch zu tun. Im übrigen soll jeder Arbeiter einen Lohnzuschlag im Anfangs-, sowie im Endlohn von wöchentlich 2 Mk. erhalten.

Die Versammlung war über den Rückgang vom Tarif zum Provisorium sehr ungehalten und mißbilligte das Verhalten der Lohnkommission. Sie erklärte sich aber nach längerer Auseinandersetzung mit dem Provisorium einverstanden, wenn die Punkte wie sie formuliert sind, bewilligt werden. Die Versammlung war der Ansicht, daß diese Punkte zum Teil im alten Tarif schon in diesem Sommer gehandhabt werden müssen, wenn man auf das Versprechen oder das Ehrenwort einzelner Brauereier etwas geben dürfte; zum Beispiel die Bezahlung der Mitfahrer und die Arbeiten nach Feierabend. Im übrigen sind diese Forderungen in unseren Nachbarstädten Düsseldorf, Solingen usw. schon längst tariflich festgelegt. An der angeblickt schlechten Situation der Brauereien in Köln sind die Arbeiter nicht schuld. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Volkshaus tagende überaus stark besuchte Mitglieder-Versammlung der Brauereiarbeiter von Köln, Mülheim und Umgebung nimmt Kenntnis von der Unterhandlung der Lohnkommission mit den Brauereien. Die Versammlung beurteilt auf das allerhöchste die unerhörte Zumutung und soziale Mißbilligkeit der Unternehmer. Weiter mißbilligen die Versammelten die Haltung der Lohnkommission, sie sind einmütig der Ansicht, daß diese weit über das Maß hinaus Nachsicht übte, und sie verlangen auf das allerentschiedenste, daß an den im Provisorium enthaltenen Sätzen unbedingt festgehalten werden muß, die das allermindeste dessen darstellen, was die Arbeiterschaft berechtigt ist, zu fordern. Ferner verlangt die Versammlung von den Unternehmern, daß die Forderungen in der nächsten Verhandlung unbedingt bewilligt werden. Sollte wider Erwarten eine Ablehnung durch die Unternehmer erfolgen, so erklären sich die Versammelten für verpflichtet, das Provisorium fallen zu lassen und mit allen gesetzlichen Mitteln die eingereichten Forderungen zu erkämpfen.“

Malzfabriken.

† Bruchsal. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Malzfabriken in Bruchsal sind ja als rückständig bekannt. Am kaurigsten ist es aber bei der Firma **Schrag u. Söhne**, welche auch der größte Betrieb am Plage ist, befaßt. Die Kollegen haben sich deshalb entschlossen, mit Forderungen an die Herren heranzutreten. Dies geschah durch die Organisation in Form eines Tarifvertrages, welcher den Verhältnissen in Bruchsal angepaßt war. Trotzdem waren die Herren **Schrag** nicht zu bewegen, auf friedlichem Wege eine Einigung herbeizuführen. Zuerst bestritten sie der Organisation das Recht, im Namen der Arbeiter zu handeln. Wir regeln das alles mit unseren Leuten selbst, auf einen Tarifvertrag können wir uns hier in Bruchsal nicht einlassen“, war die Antwort. Als die seit Jahren unter den schlechtesten Verhältnissen stehenden Arbeiter sahen, daß sie nichts zu erwarten haben, als weiter noch am Hungertuche zu nagen, zogen sie es vor, lieber auf der Straße Hunger zu leiden. Die Firma **Schrag u. Söhne** glaubt wohl! auf ewige Zeiten das Privilegium zu besitzen, die Arbeiter mit niederen Löhnen und langer Arbeitszeit zu traktieren zu können. Bei 70- bis 74stündiger Arbeitszeit werden 21 Mk. für Bodenarbeiter und 24 Mk. für Mälzer bezahlt. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe werden bei dieser Firma nicht eingehalten. Der Verband süddeutscher Malzfabriken e. V. hat an die Ministerien der süddeutschen Bundesstaaten eine Eingabe gerichtet, betreffend Auslegung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe. Der **Wescheid** des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern lautete:

„Neben dieser besonderen Vorschrift für Tennenmälzereien gelten für diese wie für alle Fabriken, Werkstätten usw. indessen auch die Bestimmungen des § 105c der Gew.-Ordnung, und kommen hierbei insbesondere die Ziffern 3. und 4. in Betracht. Alle Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitsgeräten erforderlich sind: — § 105c. der Gew.-Ordnung — können aber in Betrieben der Tennenmälzereien nur die Bedienung, das Weichen und das Wenden der Reimbauten in Betracht. Doch sind auch diese Arbeiten nur dann in diesem weiteren Umfang statthaft, wenn sie nicht an Werktagen, oder innerhalb der nach der gen. Bekanntmachung des Reichsanwalters erlaubten Arbeitszeit erledigt werden können. Für andere Arbeiten, z. B. das Schrotten, Darren und Polieren von Malz kann ein Bedürfnis zur Vornahme außerhalb der nach der Bekanntmachung des Reichsanwalters zulässigen Arbeitszeit in keinem Falle anerkannt werden.“

Bei **Schrag u. Söhne** werden jeden Sonntag Darren, abgeräumt und geladen, Malz gepulvt und Fenster abgestaubt. Einen Ruhetag von 36 Stunden kennt man nicht. Dafür dürfen die Nachtschichten 7½ Tage in Tätigkeit sein. Alle anderen Malzfabriken in Baden berufen sich immer auf diese Firma, wenn die Arbeiter Verbesserungen anstreben. Es hängt deshalb alles davon ab, in Bruchsal eine Änderung herbeizuführen. Die Kollegen haben sich gelobt, den Kampf so lange zu führen, bis der Starrsinn der Herren **Schrag** gebrochen ist. Wenn die ortsanfässigen Mälzer diese Parole hochhalten, und kein Kollege sich verleiten läßt, nach Bruchsal zu gehen, so muß diese Firma zur Vernunft kommen. Die Einwohner von Bruchsal stehen bei diesem Kampf auf Seite der Streikenden. Dieser wird so lange geführt, bis ein Erfolg zu verzeichnen ist.

Korrespondenzen.

Amsterd. Die letzte Versammlung beschäftigte sich eingehend mit dem willkürlichen Gebaren zweier Braumeister. Der eine, Braumeister **Kettei** von der Zuid-Hollandschen Brauerei in Den Haag, bereits bekannt aus einem Artikel der „Brauereiarbeiterzeitung“ vom 17. April 1908, glaubt, die Kollegen, welche längere Zeit in seinem Betriebe arbeiten, durch alle erdenklichen Maßnahmen hinaussetzen zu müssen. Seinem Brauführer wurde trotz Kontrakt mit der Brauerei der Lohn gekürzt. Bei der kleinsten Geringsfügigkeit droht er mit Entlassung; Urlaub wird verweigert und begehrende Ansprüche werden ruckweg abgelehnt. In seine verwerflichen Handlungen besser durchgehen zu können, bedient er sich eines Komplizen namens **Hans Weller**. Dieser junge Mann denkt dabei Karriere zu machen und tut sein bestes, den Kollegen die Arbeit zu erschweren. Die Einmütigkeit der Kollegen und die Harmonie des gesamten Personals, welche sich in harter Organisation ausdrückt, wird diesem jähndlichen Treiben bald Einhalt gebieten, trotz der Verschönerungsversuche seitens der Frau Braumeister.

Nicht viel besser ergeht es den Kollegen der **Deinefens Brauerei**. Dort ist es hauptsächlich das System der Freiwohnung im Geschäft, was zu lebhaften Klagen Anlaß gibt. Hier finden wir in einem Schlafraum für neun Mann außer den Schränken und diversen Koffern noch den mit feuchten, Strümpfen, Schuhen und Kleidern bedeckten Dampfheizkörper, welcher für minder angenehme Atmosphären sorgt, dazu kommen in letzter Zeit noch kaum glaubliche Verunreinigungen eines Nachkollegen und verschiedene Diebstähle. Daß dabei Gesundheit, Freiheit und Eigentum der Kollegen stark gefährdet werden, steht außer Zweifel. Dennoch wurden wir mit unserer gerechtfertigten Forderung um Abschaffung dieses Übels abgewiesen. Daraufhin haben wir uns auch der holländischen Organisation angeschlossen, um so mit größerer Macht gegen dergleichen Bedrückungen auftreten zu können und da menschenwürdige Zustände zu schaffen, wo Unternehmerwillkür bisher keine Verbesserung aufgenommen liegt.

Deffau. Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, welche leider nur von circa 80 Personen besucht war, fand am 30. Januar im **Gesellschaftshaus** statt. Hauptvorredner **Engel** referierte über das Thema: „Unsere Tarifverträge und die jetzige Lage der Brauereiarbeiter“. Redner führte aus: Wenn man die Versammlung ansieht und von circa 400 Brauereiarbeitern nur ein

geringer Teil erschienen ist, so muß man daraus schließen, daß das Organisationsleben der Dessauer Brauereiarbeiter vollständig abgebrochen ist. Wir treten an Orte in eine Lohnbewegung ein, deshalb müßte es jeden Arbeiter anspornen, seine Lage zu verbessern, in die Organisation einzutreten. Vor 20 Jahren war noch nicht daran zu denken, Lohnsätze abzuschließen. Zwar hat man schon versucht, mit geringen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Als dieselben aber erfuhr, daß eine Verammlung stattgefunden hat, in welcher auch Mißstände zur Sprache kamen, da drohte man schon mit Entlassungen. Medner führte hier ein Beispiel an. Den Unternehmern ist es auch noch gar nicht eingefallen, trotz der hohen Lebensmittelpreise, gutwillig mehr zu geben, sondern die Arbeiter sollen bei Lohn- und Arbeitsverträgen selbst mitwirken. Im weiteren kritisierte der Medner den Verrat des Zentrums an der Arbeiterklasse, welches im Jahre 1902 den Polliart bewilligte, und es wurde schon in vielen Versammlungen darauf hingewiesen, daß die Brauereiarbeiter dadurch geschädigt würden. Als aber dann später noch die Erhöhung der Brauereiersteuer hinzukam, da ja auch die „Bundes-Zeitung“ das Bier als Luxusartikel bezeichnede, da hat man hunderte Brauereiarbeiter auf Straßenpflaster gesetzt. Der Reichstag hat eine Entschädigung dieser Brauereiarbeiter abgelehnt. Wäre die Organisationsleitung nicht bemüht gewesen, überall Vereinbarungen zu treffen, daß bis zum 1. Mai 1910 Entlassungen wegen Konsumrückganges nicht stattfinden sollen, so wäre das Elend unter den Brauereiarbeitern noch viel größer. Trotz der Krise ist die Mitgliederzahl des Verbandes nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Medner kommt dann noch auf die Löhne am Orte zu sprechen, wo in einem Musterbetrieb noch Einstellungslohne der Hilfsarbeiter von 22 Mk. bestehen, in anderen Betrieben aber gar nur 19,50 Mk. und 18 Mk. gezahlt wurden. Es ist unmöglich, bei diesem Lohn ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

In der Diskussion behauptete Kollege Stelzer mit Recht, daß es nur an der schwachen Organisation liege, wenn nicht mehr erreicht werde, denn der Unternehmer weiß ganz genau, wer und wie er organisiert ist. Die Abrechnungen in den Brauereien haben bewiesen, daß dieselben in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen. In seinem Schlusswort weist Kollege Ebel noch darauf hin, daß er kein großer Freund von vielen Versammlungen sei, denn in diesen erscheinen nur meistens ältere zielbewusste Arbeiter, sondern mehr Hausagitation muß betrieben werden; dadurch sind noch Mitglieder zu gewinnen.

Dresden. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Volter in der von zirka 1000 Mitgliedern besuchten Generalversammlung gab, ist zu entnehmen, daß das Jahr 1909 mit seinen ganzen Begleiterscheinungen für die Dresdener Brauereiarbeiter insbesondere ein gutes zu nennen war. Das Bestreben der Dresdener Brauereiarbeiter sei darauf gerichtet, die Arbeitskraft des einzelnen aufs höchste auszubilden. Dies sei vor allem daraus zu entnehmen, daß die Krankheitsziffern in ganz enormer Weise gestiegen seien. Aber nicht dieses allein, auch an den vielen Unfällen, die im vergangenen Jahre zu verzeichnen gewesen seien, sei zu konstatieren, daß man verjuche, ein recht verwerfliches System in der Dresdener Brauerei Eingang zu verschaffen. Es sei dies vor allem aus dem Grunde zu erkennen, daß eine Einstellung von Arbeitskräften nicht erfolgt sei, trotzdem daß durch freiwillige Austritte, Entlassungen, Todesfälle die Zahl der Beschäftigten um ein ganz erhebliches abgenommen habe. Daraus sei auch zu erkennen, daß die Mitgliederzahl, trotz intensiver Agitation, zurückgegangen sei. Nur durch das Eingreifen der Organisation konnte weiteren Entlassungen vorgebeugt werden.

Uebergehend auf die allgemeine Tätigkeit, wies Medner darauf hin, daß durch Entlassungen, Streitigkeiten und sonstige Differenzen ein Verhandeln mit den Unternehmern sich 4mal notwendig machte. Außer 4 Entlassungen, die nicht rückgängig gemacht werden konnten, erledigten sich sämtliche Differenzen zu unseren Gunsten. Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre in Wauzen, Schönbach und in einer Bierabfüllung in Dresden statt. Erreicht wurde bei denselben für 90 Beschäftigte eine Lohnerhöhung von 5300 Mark pro Jahr. Innerer Verwaltungsangelegenheiten wurden in 17 Vorstandssitzungen erledigt, während zur Aufklärung, Betreibung der Agitation in Wauzen, Dresden, Pirna, Löbau, Schöna und Bittau 47 Versammlungen abgehalten wurden. Außerdem fanden noch in Dresden 71 Betriebsversammlungen statt. Die Korrespondenz war eine recht lebhaft. An Ausgängen waren zu verzeichnen insgesamt 2414, an Eingängen 1017.

Der gegebene Kasernenbericht weist für die Hauptkasse eine Einnahme von 37 553,44 Mk. und eine Ausgabe von 18 172,14 Mk. auf, so daß 19 381,30 Mk. abgefunden werden konnten. Die Lokalkasse zeigte ein Mehr von 3894,24 Mk., so daß das Vermögen der Lokalkasse am Schlusse des Jahres 13 929,76 Mk. beträgt. Ausstellungen an dem Bericht wurden nicht gemacht.

Nach Erledigung der Wahlen wurde das Verhalten des Braumeisters Kiemer jun. vom Plauenischen Lagerkeller einer Kritik unterzogen. Dieser Herr setzt sich nicht zu versuchen, alte Arbeiter als das zu behandeln, was er selbst noch darstellt. Denn seine praktischen Erfahrungen, die er immer zum besten gibt, und seine Kenntnisse im allgemeinen lassen darauf schließen, daß es angebracht wäre, selbst mit Hand anzulegen, als daß er anderen erfahrenen Leuten Vorklagen in bezug auf ihre Fähigkeiten macht. Des weiteren wurde aus demselben Betriebe über einen Unfall berichtet, der einem dort beschäftigten Rutscher Sonntagabends nachts 12 Uhr beim Bierabladen zugefallen ist. Es wurde betont, daß dieser Unfall nur auf die überlange Arbeitszeit zurückzuführen sei. Allseitig wurde betont, würden die Kollegen mehr Einigkeit an den Tag legen, könnte diesem Treiben dieser bekannten Geschäftsleitung bald ein Ende bereitet werden. Nach einem kurzen Schlusswort, die Kollegen ermahnen, im kommenden Jahre ihre Pflicht zu erfüllen, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Brauereiarbeiterverband geschlossen.

Eisenach. Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 18 Versammlungen, darunter 3 Betriebsversammlungen, statt; ferner 9 Vorstandssitzungen. Die Ausgänge befreiten sich auf 148, Eingänge waren 104. Alsdann gab der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Jahreseinnahme betrug 2417,50 Mk., die Ausgabe 604,86 Mk., an die Hauptkasse wurden abgefunden 1808,44 Mk. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 274 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 70 Mk. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 91. Vorstand und Kassierer wurden einstimmig entlassen. Nach der Wahl des Vorstandes und Entgegennahme des Kartellberichts stand der Antrag eines Kollegen auf Wiederannahme zur Verhandlung. Hiermit soll sich eine Betriebsversammlung beschäftigen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß sich drei freiwillig organisierte Heizer von der Aktienbrauerei bei uns haben aufnehmen lassen; hoffentlich folgen diesem Beispiel auch die anderen, damit endlich diese Zerplitterung in Eisenach verschwindet. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, auch in diesem Jahre in bezug auf Organisation und Agitation ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun im Interesse des Verbandes und im eigenen Interesse.

Harburg. Unsere Generalversammlung hatte sich eines überaus guten Besuches zu erfreuen. Kollege Wasserthal gab die Abrechnung der Zentralkasse und der Lokalkasse vom vierten Quartal bekannt, die für richtig befunden wurden. Sodann erfolgte Neuwahl des gesamten Vorstandes. Unter Verschiedenem rügte die Versammlung den Fall betreffs der Frauen. Da dieselben laut Gewerbeordnung des Sonntagabends nur 8 Stunden arbeiten dürfen, ist ihnen seitens der Harburger Aktienbrauerei 1 1/2 Stunde vom Wochenlohn abgezogen worden. Auf der Brauerei Gastett ist kein Lohnabzug gemacht worden, die Frauen müssen aber eine halbe Stunde über die gesetzliche Zeit arbeiten. Die Versammlung beschloß, daß in dieser Sache der Arbeiterausschuß vorstellig werde.

Miel. Unsere Generalversammlung fand am 28. Januar statt. Nachdem die Aufnahmen folgten und der Kartellbericht erstattet war, wurde der Kasernen- und Geschäftsbericht für das Jahr 1909 gegeben. Die Einnahmen der Zentralkasse im Jahre 1909 be-

trugen 18 165,85 Mk. Davon wurden an die Hauptkasse eingesandt 3629,57 Mk. Am Orte wurden 14 536,28 Mk. verbraucht; darunter an Arbeitslosenunterstützung 5527,60 Mk., an Krankenunterstützung 8510,40 Mk., an Sterbegeld 195 Mk., an Streikunterstützung 697,75 Mk., an Gemäßregelungenunterstützung 687,80 Mk. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres einen Bestand von 1429,98 Mk.; im Jahre 1909 wurden daraus an Leidende 755,55 Mk. gezahlt. Die Mitgliederzahl ist durch Abwanderung und Uebergang zu anderen Berufen um etwas gesunken und betrug am Schlusse des Jahres 685. Von diesen sind 618 länger als ein Jahr, 69 länger als zehn Jahre Mitglied. Trotzdem alle Mittel angewandt werden mußten, um die durch die Bierpreissteigerung mit ihren Folgen geschädigten Kollegen zu unterstützen, konnten noch 513,65 Mk. zur Unterstützung an die Schweden abgeliefert werden. Im verfloffenen Jahre fanden 30 Mitglieder- und 48 Betriebsversammlungen statt. Verhandlungen wegen Differenzen waren 30 zu verzeichnen. Die Gewerbeinspektion mußte in drei Fällen angegangen werden. In einem Fall handelte es sich um einen äußerst mangelhaften Frühstücksraum, in zwei Fällen um Ausbändigung des Lohnvertrags. Eingänge von Briefen usw. waren 358 und Ausgänge 1876 zu verzeichnen. Lohnbewegungen fanden 4 mit Erfolg statt. Daran waren 677 Mitglieder beteiligt. Der durch die Bierpreissteigerung mit ihren weiteren Folgen verursachte Lohnausfall betrug für die geschädigten Kollegen und Kolleginnen rund 13 000 Mk.

Wenn auch das Jahr 1909 ein ziemlich schweres für uns war und wir manchen Streiter für die gute Sache verloren haben, so wird uns das neue Jahr doch gerüstet finden. Mögen die Kollegen nicht vergessen, kräftiger denn je zu agitieren.

Miln-Mühlheim. Berichtigung. Im Versammlungsbericht in letzter Nummer muß es heißen: „Der Mitgliederbestand betrug Ende 1908 330 (nicht 33).“

Landshut. Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Tätigkeitsbericht, den Kollege Reithberger erstattete, wurden abgehalten 16 Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 13 Betriebsbesprechungen. 48 mal wurde in Landshut und Umgebung von den verschiedenen Kollegen Agitation unternommen und dreimal erfolgte Hausagitation mit Erfolg. Die Zahl der Mitglieder ist von 137 auf 250, also um 113 im letzten Jahr gestiegen. Nach dem Kasernenbericht, den Kollege Schrems erstattete, betragen die Einnahmen für 1909 3541,40 Mk., die Ausgaben 1299,56 Mk., darunter 685,60 Mk. für Unterstühtungen; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2241,94 Mk. Verhandlungen mit den Unternehmern in Landshut wurden 18 geführt, zehnmal in Anwesenheit des Betriebsleiters. Es handelte sich größtenteils um Nichterhaltung des Tarifes, Behandlung der Arbeiter, Wohnungsweisen, Entlassungen, Sonntagarbeit, sanitäre Einrichtungen und Bierfahrerangelegenheiten. Der Bericht befriedigte allgemein. Nach Erledigung der Wahlen wurde beschlossen, zu jeder Versammlung durch Handzettel einzuladen, damit ein jedes Mitglied zur Stelle ist. Die Versammlung ver sprach, alles daran zu setzen, in diesem Jahre auch die Kollegen um Landshut zu gewinnen. Nachdem Kollege Schrems die Verschmelzung mit dem Verband der Mühlenarbeiter besprochen, wurde das Verhalten des Braumeisters Kienkoffler der Fleischmahnbrauerei einer heftigen Kritik unterzogen. Kollege Schrems verlas das vom Braumeister erhaltene Schreiben, und wurde beschlossen, wenn der Braumeister die alten Leute noch weiter so behandelt, dieses dem Kartell und einer Volksversammlung zu unterbreiten und alle die Verurteilungen Attentaters bekanntzugeben. Attentatoffen ist nur der Schafmacher seines Prinzipals, die Folgen hat der Befehl einmal selbst zu tragen. Kollege Ostermeier berichtete über die Hausagitation bei den drei Bierfahrern vom Gollerbräu. Trotzdem sie die Erfolge des Verbandes für sich in Anspruch nehmen, bestehn sie nicht soviel Pflicht- und Ehrgefühl, sich dem Verbands anzuschließen. Auch wurde wiederholt das Verhalten des „Kollegen“ Obermüller scharf kritisiert, der in bezug auf Bierneumen ein Vorrecht hat. Es wird daran zu erinnern sein, wenn einmal ein anderer wegen einer geringfügigkeit gestraft wird. Mit der Aufforderung des Bezirksleiters Schrems zum festen Zusammenhalt, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und zum Anschluß an den Bürgerrechtsverein erfolgte Schluß mit einem Hoch auf den Verband.

Lubwigsbühl. Am 30. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 26 Versammlungen statt, darunter 3 Betriebsversammlungen und 6 Mälgereiarbeiterversammlungen. Der Kasernenbericht ergab eine Jahreseinnahme von 8425,40 Mk., eine Ausgabe von 1199,48 Mk.; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2225,92 Mk. Der Abschluß eines Tarifvertrages mit den Brauereien in Mannheim-Lubwigsbühl sowie mit den zur Zahlstelle gehörenden Mälgereien machte 10 Verhandlungen notwendig. Der alte Vorstand wurde mit wenigen Veränderungen wiedergewählt.

Wainz. Unsere Generalversammlung fand am 29. Januar im „Goldenen Pfing“ statt. Kollege Gerner gab den Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 1909, welches durchweg im Zeichen des Kampfes stand. Was es doch, trotz 10monatlicher Verhandlungen nicht gelungen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festzulegen; alle friedlichen Versuche scheiterten an der kategorischen Erklärung der Wainzger Brauereiarbeiter: „Vor Erledigung der Brauereiersteuererträge im Reichstage gibt es nichts.“ Unmöglich konnte die Arbeiterschaft sich diese Behandlung noch dauern lassen; waren die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Wainz doch geradezu sprichwörtlich geworden und drohten zu einem Semmes für weitere Bewegungen im Reich zu werden. Was unsere Wainzger Unternehmern nicht gutwillig gewöhren, mußte durch siebenwöchentlichen Streik, unterstützt durch die Sympathie der gesamten Bevölkerung, erzwungen werden. Grobhartige Erfolge sind erzielt worden; mit alten verrotteten Zuständen wurde ausgeräumt. Den Wainzger Brauereien ist es hoffentlich eine Lehre, daß man die Erbitterung der Arbeiterschaft nicht ungestraft auf die Spitze treiben darf. Trotz der wirtschaftlichen Erfolge sind unsere Bemühungen, die indifferenten Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, umsonst gewesen. Die allgemeine Arbeitslosigkeit am Orte in der Gesamtindustrie und übergroße Furcht vor Arbeitslosigkeit hält die Kollegen vielfach vom Anschluß an die Organisation zurück. Betriebsversammlungen wurden abgehalten, sie waren durchweg schlecht besucht; Hausagitationen, welche vorgenommen wurden, brachten ebenfalls nicht den erhofften Erfolg. Mit dem neuen Jahre soll eine neue Methode angewendet werden und ist Aussicht, daß dieselbe mehr Erfolg hat.

Die infolge der Brauereierhöhung eintretende Bierpreissteigerung zeitigte eine lebhafteste Alkoholverbewegung seitens der Konsumenten. Die Brauereien versuchten sich dadurch zu halten durch Einschaltung von möglichst viel Feiertagen; also auch hier wieder bekommt der Arbeiter den Segen der „Finanzreform“ um eigenen Leide zu spüren. Gerade bei diesem Anlaß bewies sich die Notwendigkeit der Organisation glänzend. Zahlte doch die Zahlstelle Mainz-Biesbaden im 4. Quartal 1909 nicht weniger als 1688,66 Mark an Unterstützung für Kollegen aus, welche Opfer der „Finanzreform“ wurden. Nicht weniger als 1125 Arbeitslose gingen unsern organisierten Kollegen im vierten Quartal verloren.

Lohnsätze wurden mit den Mälzfabriken in Merxheim und Kofheim abgeschlossen. Differenzen waren im Laufe des Geschäftsjahres eine Menge zu schließen; so machte sich persönliches Vorkostigwerden 6mal erforderlich. Außerdem mußten wir 5mal schriftlich auf Abschaffung von Mißständen drängen. Vorstandes- und Vertrauensmännerversammlungen wurden 17 abgehalten, Lohnkommissionssitzungen 21, Mitgliederversammlungen wurden in Mainz abgehalten 11 und in Biesbaden 10; Geschäftsversammlungen und Besprechungen 72, öffentliche Versammlungen fanden statt in Mainz 6 und in Biesbaden 1. Der Markennutzen betrug 11578 in der ersten Beitragsklasse und 624 in der zweiten. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 5971,70 Mk., die Ausgaben 6904,81 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse inklusive Kasernenbestand waren 2138,32 Mk., die Ausgaben 1250,24 Mk., mithin Kasernenbestand 988,08 Mk. Auf Sammelstellen für die Streikenden wurden in Mainz 1170,20 Mk. aufgebracht. Die Zahlstelle Frankfurt hat den

Streikenden 302,16 Mk. überwiesen, was hiermit dankend erwähnt sei.

Die Geschäftslage in den Mälzfabriken ist bald noch schlechter als in den Brauereien. Einzelne Betriebe und gerade die größten arbeiten nur im beschränkten Maße. Wenn es trotzdem möglich war, mit zwei Mälzfabriken Tarife abzuschließen und bedeutende Vorteile für die Kollegen herauszuholen, so beweist dies am besten den Wert und Nutzen der Organisation. Auch im neuen Jahr ist an der Besserstellung der Lage unserer Kollegen von Mainz-Biesbaden und Umgebung viel zu tun; die beste Gewähr, daß dies in ausgiebigster Weise gelingt, ist eine starke, ausgebautere Organisation. Deshalb auf Kollegen, helfe mit in der Agitation, rüttelt die Indifferenten auf und führt den letzten Mann der Einheitsorganisation; dem Brauereiarbeiterverband, zu dem können wir ruhig im neuen Jahr allen Eventualitäten entgegensehen.

Mühlhausen i. Eis. Unsere Generalversammlung fand am 16. Januar statt. Borerst erstattete der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahmen betragen 2390,35 Mark, die Ausgaben 725,34 Mk., an die Hauptkasse wurden gezahlt 1665,01 Mk. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Tätigkeitsbericht fanden 10 Versammlungen und 11 Betriebsversammlungen statt; ferner eine Reihe Sitzungen zur Erledigung der Zahlstellen-geschäfte. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 90. Trotz des Bierboikots, der über 7 Monate mit voller Schärfe hier durchgeführt wurde, ist die Mitgliederzahl nahezu auf der alten Höhe geblieben. Es ist das nur der geschlossenen Organisation zu verdanken, die manche Schwierigkeiten überwinden konnte. Einige Kollegen sind halt Opfer der Brauereierpolitik geworden. Des weiteren wurde noch berichtet über den Tarif der Mühlhäuser Brauerei, der wieder erneuert wurde und den Kollegen eine Reihe von Verbesserungen brachte; mit dem Erfolg können die Kollegen voll aufzufrieden sein, und wird es ihre Aufgabe sein, die Organisation noch mehr zu befestigen, um auch in Zukunft ihre Verhältnisse verbessern zu können. Das gilt auch für die Kollegen der Lutterbacher Brauerei, deren Tarif im Herbst abläuft, wenn sie ihre Verhältnisse wieder tariflich geregelt und verbessert sehen wollen. Auch die Kollegen der Brauerei Deggermann mußten sich infolge des Bierkrieges mit ihren alten Tarifverhältnissen einverstanden noch zufriedengeben. Es wurde auch schon verschiedene Male versucht, die Arbeiter und Führer in den Bierdepots für die Organisation zu gewinnen und wäre es endlich Zeit, daß auch diese Kollegen sich endlich aufrufen, um ihre kriegsruhmige Lage zu verbessern; das kann nur geschehen, wenn sie sich Mann für Mann dem Brauereiarbeiterverbande anschließen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich mehr der Agitation zu widmen und nicht alles einzelnen zu überlassen, auch den Versammlungsbesuch zu fördern, damit auch Mühlhausen eine Musterstätte der Organisation werde.

München. In der am 27. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Jacob den Jahres- und Tätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß das verfloffene Jahr wie das vorhergehende ein Jahr mühevoller Arbeit war. Am 18. Januar 1909 ist nach neuntägigen Verhandlungen der Tarif für die Zeit 1909 bis 1. Januar 1913 abgeschlossen worden. Die Herren Arbeitgeber waren sehr hartnäckig, wie aus den Preisberichten des Vorjahres zu sehen ist, jedoch wurden für die Arbeitnehmer nicht unbedeutende Verbesserungen erzielt, die in dem gedruckten Jahresbericht spezialisiert angeführt sind. Eine unserer besten Errungenschaften dürfte die Anerkennung des Gewerbegerichts als Einigungsamt sein. Eine leidige Frage war es für die verantwortlichen Vertreter des Verbandes beim abgelaufenen Tarifvertrag, wo über Recht oder Unrecht nur der Ortsverband der Arbeitgeber glaubte entscheiden zu können. Unbekümmert um die Rechte der Arbeiter wurde den Arbeitervertretern mitgeteilt, der Ortsverband hat beschlossen, ihren Wünschen und Angaben nicht stattzugeben zu können. Ein Beweis, wie notwendig zur Regelung der verschiedenen Auslegungen der Vertragsparteien das Einigungsamt war, geht aus dessen Tätigkeit im ersten Tarifjahr hervor, denn es mußte nicht weniger als sieben Sitzungen von je 4-5 Stunden abhalten. Die Resultate können wir des großen Umfangs halber hier nicht geben, sie würden den Mitgliedern einzeln im Druck ausgehändigt. Die Regelung der nichtgesetzlichen Feiertage ist immer noch nicht zufriedenstellend und es wäre sehr zu wünschen, wenn mit gegenseitigem Einverständnis eine nochmalige eingreifende Durcharbeitung dieser Frage erfolgen könnte. Ein Teil der Brauereien kann sich sehr schwer dazu verstehen, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten zum Vertragsverhältnis stehen, sie greifen zu allen möglichen Auslegungen des Tarifes, und nur durch besonnenes tatvolles Vorgehen und Zusammenarbeiten der Arbeiter kann Abwehr erfolgen.

Unterhandlungen haben stattgefunden wegen Nichterhaltung der festgesetzten Arbeitszeit 13, wegen Überschreitung der Sonntagarbeit und Ueberstunden 16, wegen Nichterhaltung der Vertäglichkeit bei Krankheit 12, wegen Nichtgewährung des Urlaubs 7, wegen ungerechter Entlassung und Maßregelung 23, wegen Angriffe auf das Koalitionsrecht 14, in verschiedenen Angelegenheiten 70, in Summa 156. Davon waren von Erfolg 110, keinen Erfolg hatten 45.

Mit dem Kreisverband oberbayerischer Landbrauereien, der sich gegründet hat, wurden wegen Abschluß des Bezirks- und Zonen-tarifs 16 Verhandlungstage erforderlich.

Versammlungen und Sitzungen haben im Berichtsjahre im ganzen 501 stattgefunden, davon sind 205 nur Betriebsversammlungen. Nach Monaten eingeteilt fanden Versammlungen statt: Januar 31, Februar 43, März 42, April 46, Mai 40, Juni 44, Juli 24, August 32, September 46, Oktober 57, November 49 und Dezember 42. Korrespondenzen und Drucksaften sind eingelaufen insgesamt 3720. Ausläufe waren vom Bureau zu verzeichnen in Summa 5897. Der Mitgliederstand beträgt 3220 männliche und 199 weibliche. An Einnahmen hatte der Verband zu verzeichnen 83 852,75 Mk. An die Hauptkasse wurden abgefunden 39 744,22 Mk. Von den Ausgaben haben wir hervor: die Krankenunterstützung für die Mitglieder 16 202,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 4752,45 Mk., Gemäßregelungenunterstützung 1873,75 Mk. Die Lokalkasse weist einen Stand auf am 1. Januar 1910 von 9111,92 Mk.

Die Kollegen wollen mit uns befreit sein, auch in diesem Jahre die Interessen der Brauereiarbeiter zu wahren und geloben wir uns, in diesem Sinne zu handeln. Alles muß daran gesetzt werden, die Organisation auszubauen, um dem koalitierten Unternehmern eine Macht entgegenzusetzen, die sie zwingt, die uns zustehenden Rechte anzuerkennen.

Rosen. Zum ersten Male fand hier eine Brauereiarbeiter-versammlung statt. Dieses außergewöhnliche Ereignis hatte die Betriebsleitung der Neuen Rosener Brauerei ganz aus dem Häuschen gebracht, sie hatte nach der Versammlung einen ihrer Kontorangestellten als Spitzel geschickt, welcher wahrheitsgetreu berichten sollte, was über die Zeitung dieser Brauerei dort gesagt werden würde. Ihre Leute hatte sie schon einmal, als eine Versammlung stattfinden sollte, Sonntag nachmittag in die Brauerei bestellt, so auch diesmal wurden die Rutscher des Sonntags nachmittag, um sie vor der Versammlung abzuhalten, nach der Brauerei beordert.

Gaulleiter Klippel hielt einen Vortrag über den Wert und die Aufgabe des Brauereiarbeiterverbandes und stellte Vergleiche an, wie äußerst traurig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber anderen Großstädten in Rosen noch sind. Der Redner legte den Anwesenden so recht deutlich klar, das niemand ihnen helfen werde außer dem Brauereiarbeiterverband. Im weiteren benutzte er die Zeitung der Neuen Rosener Brauerei, welche ein schlechtes Geschloß und große Angst haben müsse, sonst würde sie die Arbeiter in den Versammlungen nicht beistimmen lassen. Dem anwesenden Spitzel wurde bedeutet, das es nicht gerade eine Ehrensache sei, die Arbeiter, welche ein größeres Stück Brot sich erkämpfen wollen, in dieser Weise auszuliefern. Der größte Rump in ganzen Land, das ist und bleibt die Denunziation. Dieses Versprechen durfte er sich vor der ganzen Versammlung sagen lassen.

Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schiffesstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Kolonnezeitung 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Bräuereiarbeiterverband anzuschließen!

Bekanntmachung betreffend Wahl der Delegierten zum 17. Verbandstage.

Wie in Nr. 6 der „Bräuereiarbeiter-Zeitung“ bekanntgegeben wurde, findet der 17. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen am 7. Juni und folgende Tage im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Die Wahl der Delegierten erfolgt für den gesamten Verband

am Sonntag, den 10. April,
in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr in den von dem jeweiligen Wahlstellenvorstand bestimmten Wahllokalen.

Für die Wahl, die geheim ist und durch Stimmzettel erfolgt, gelten die Bestimmungen des Wahlreglements, wie es auch in Nr. 4 der „Bräuereiarbeiter-Zeitung“ zur Urabstimmung betr. Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband veröffentlicht ist, nur mit dem Unterschied, daß es sich dort um eine Urabstimmung und jetzt um eine Wahl handelt.

Die Abweichungen bzw. Ergänzungen bei der Wahl der Delegierten gegenüber der Urabstimmung sind folgende:

Die Kandidaten sind in Mitgliederversammlungen aufzustellen. Um größere Stimmensplitterungen zu vermeiden, können sich die Wahlstellen zusammengezogenen Wahlstellen vorher über den oder die Kandidaten verständigen.

Die Vorschlagsliste ist, mit dem Namen des oder der Kandidaten des Wahlkreises versehen, im Wahllokal auszuhängen.

Die Stimmzettel sind in den Wahlstellen selbst herzustellen und mit dem Wahlstellenstempel zu versehen. Die Wahlstellen haben auch ihren Zweigstellen entsprechend der Zahl der dortigen Mitglieder, abgestempelte Stimmzettel auszustellen.

Stimmzettel sind ungültig:
wenn sie nicht mit dem Wahlstellenstempel versehen sind;
wenn sie mehr Namen enthalten, als Delegierte in den Wahlkreisen gewählt werden dürfen;
wenn geschriebene Namen so unleserlich geschrieben oder verwischt sind, daß nicht zu erkennen ist, wer damit gemeint sein könnte;

wenn drei oder mehrere ineinandergesetzte Stimmzettel abgegeben werden, sind diese sämtlich ungültig.

Wenn in einem Wahlkreise nur soviel Kandidaten aufgestellt sind, wie gewählt werden müssen, so sind auch

Ergebnisse
aufzustellen und gilt die Vertretung nach der Stimmenzahl. Bei gleicher Stimmenzahl der Delegierten findet Stichwahl am Sonntag, den 24. April, zur gleichen Tageszeit und unter denselben Vorschriften wie bei der Hauptwahl statt. Ergibt sich auch hier gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das Los.

Sind die Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl an einem Orte, so lösen sie selbst, im anderen Fall der Hauptvorstand in einer Sitzung.

Ist ein Delegierter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Hauptvorstand umgehend mitzuteilen, welcher dann als Ersatzmann den Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nach ihm bezug. außerhalb der gewählten Delegierten die höchste Stimmenzahl erhalten hat oder in der Stichwahl oder durch Losentscheid gegen ihn unterlegen ist.

Nach Beendigung der Wahl ist das Resultat sofort festzustellen, ein Protokoll darüber aufzunehmen, in den einzelnen Wahlstellen, wo in mehreren Wahllokalen gewählt wird, Protokolle und Wahlstellen zu sammeln und diese sofort an den Verbandsvorstand einzusenden.

Die Stimmzettel bleiben in den Wahlstellen aufbewahrt und müssen auf Verlangen des Verbandsvorstandes eingesehen werden.

Wahlmaterial (Vorschlagsliste, Wählerlisten, Protokoll) geht den Wahlstellen in den nächsten Tagen zu; wo das Material nicht reicht, verlange man weiteres.

Nachstehend veröffentlichen wir die Wahlkreise

bezw. die zu einem Wahlkreise zusammengezogenen Wahlstellen unter Beifügung der Zahl der in jedem Wahlkreise zu wählenden Delegierten:

1. Wahlkreis: Bromberg, Elbing, Königsberg i. Pr., Memel, Tilsit, Czarnikau, Glogau, Grottko, Hirschberg, Rattowitz, Protoschin, Landeshut, Liegnitz, Neusalz a. O., Oppeln, Posen, Rybnitz, Schweidnitz, Sierzegau, Waldenburg: 1 Delegierter.
2. Wahlkreis: Breslau: 1 Delegierter.
3. Wahlkreis: Berlin: 5 Delegierte.
4. Wahlkreis: Göttingen: 1 Delegierter.
5. Wahlkreis: Brandenburg, Cottbus, Eberswalde, Finsterwalde, Forst i. L., Frankfurt a. Oder, Fürstentum, Guben, Landsberg a. W., Ludenwalde, Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Schwiebus, Werder: 1 Delegierter.
6. Wahlkreis: Bremen, Bremerhaven, Buztehuber, Stade, Verden: 2 Delegierte.
7. Wahlkreis: Hamburg: 2 Delegierte.

8. Wahlkreis: Harburg a. S., Kiel, Lübeck, Mölln, Tonndorf: 2 Delegierte.
9. Wahlkreis: Aurich, Celle, Heidmühle, Isehoe, Norden, Oldenburg, Osnabrück, Segeberg, Uelzen, Verden, Wilhelmshaven: 1 Delegierter.
10. Wahlkreis: Doberan, Elmshorn, Flensburg, Greifswald, Güstrow, Lübz, Neumünster, Neustrelitz, Neubrandenburg, Rügen, Rostock, Schwerin, Stralsund, Waren: 1 Delegierter.
11. Wahlkreis: Alfeld, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Peine: 2 Delegierte.
12. Wahlkreis: Blankenburg, Braunschweig, Clausthal, Duderstadt, Einbeck, Gertrode, Goslar, Helmstedt, Osterode, Scherzleben, Wolfenbüttel: 1 Delegierter.
13. Wahlkreis: Aschersleben, Burg bei Magdeburg, Gardelegen, Magdeburg, Neuhaldensleben, Salzwedel, Schönebeck, Stendal, Wittenberge: 1 Delegierter.
14. Wahlkreis: Chemnitz: 1 Delegierter.
15. Wahlkreis: Erfurt, Plauen i. V., Zwickau: 1 Delegierter.
16. Wahlkreis: Leipzig: 1 Delegierter.
17. Wahlkreis: Dresden: 2 Delegierte.
18. Wahlkreis: Altenburg, Gera, Halle: 1 Delegierter.
19. Wahlkreis: Eilenburg, Glauchau, Gotha, Greiz, Grimma, Meissen, Nadeberg, Riesa, Rudolstadt: 1 Delegierter.
20. Wahlkreis: Apolda, Dessau, Eisenach, Nordhausen, Sonneberg, Weimar: 1 Delegierter.
21. Wahlkreis: Arnstadt, Bernburg, Coburg, Cöthen, Frankenhäuser, Halberstadt, Jülich, Kahl, Langensalza, Mühlhausen i. Th., Neustadt a. Orla, Saalfeld, Sangerhausen, Schleisingen, Suhl, Wittenberg: 1 Delegierter.
22. Wahlkreis: München: 4 Delegierte.
23. Wahlkreis: Landshut, Regensburg: 1 Delegierter.
24. Wahlkreis: Ansbach, Bayreuth, Ingolstadt, Schwabach, Straubing, Traunstein: 1 Delegierter.
25. Wahlkreis: Nürnberg: 1 Delegierter.
26. Wahlkreis: Bamberg, Fürth, Passau, Regensburg ob der Tauber: 1 Delegierter.
27. Wahlkreis: Erlangen, Kulmbach: 1 Delegierter.
28. Wahlkreis: Darmstadt, Gießen, Hof, Schweinfurt: 1 Delegierter.
29. Wahlkreis: Aalen, Nürtingen, Schw.-Gmünd, Würzburg: 1 Delegierter.
30. Wahlkreis: Augsburg, Kempten, Lindau, Ulm: 1 Delegierter.
31. Wahlkreis: Colmar, Freiburg i. B., Konstanz, Lahr, Lörrach, Mühlhausen i. E., Schwenningen, Tuttlingen: 1 Delegierter.
32. Wahlkreis: Geislingen, Göppingen, Heidenheim, Reutlingen, Ravensburg, Reutlingen, Sigmaringen, Stuttgart, Tübingen, Waiblingen, Waldshut: 2 Delegierte.
33. Wahlkreis: Heidelberg, Heilbronn, Neck., Offenburg in Baden, Straßburg i. E.: 1 Delegierter.
34. Wahlkreis: Karlsruhe: 1 Delegierter.
35. Wahlkreis: Cassel, Eschwege, Hersfeld, Pfungstadt, Siegen, Lina, Witten: 1 Delegierter.
36. Wahlkreis: Frankfurt a. M.: 2 Delegierte.
37. Wahlkreis: Ludwigshafen, Mannheim, Oggersheim: 1 Delegierter.
38. Wahlkreis: Coblenz, Kaiserslautern, Mainz, Pirmasens, Schweigen, Speyer, Trier: 1 Delegierter.
39. Wahlkreis: Aachen, Frankenthal, Hagen, Luxemburg, Saarbrücken, Solingen, Worms: 1 Delegierter.
40. Wahlkreis: Greifeld, Duisburg, Düsseldorf, Oberfeld, Mülheim a. d. Ruhr: 1 Delegierter.
41. Wahlkreis: Amsterdam, Andernach, Antwerpen, Brüssel, Köln: 1 Delegierter.
42. Wahlkreis: Dortmund, Essen, Wanne: 1 Delegierter.
43. Wahlkreis: Bielefeld, Bochum, Detmold, Hamm, Minden, Stadthagen: 1 Delegierter.

Der Verbandsvorstand,
J. A. M. Esel.

Arbeiter, die ihre Feinde wählen!

Die preußische Wahlrechtsbewegung hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur offenen Stellungnahme gezwungen. Die preußische Regierung hat durch ihren famosen Wahlrechtsentwurf offenbart, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht für ein würdiges Mitglied im Staatswesen mitzuarbeiten. Sie ist Gegner des gleichen Wahlrechts, das dem unbemittelten Manne den gleichen Einfluß auf den Landtag einräumt, wie dem Besitzenden. Sie gibt 2 Millionen und 7 Millionen Wählern doppelt soviel Stimmrecht, als 41 Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und Kleinbauern; ja 6 der privilegiertesten Staatsbürger können 44 der übrigen niederstimmen. Die Regierung hat aber auch nicht einmal so viel Vertrauen zu ihren Staatsbürgern, um ein unbeeinflusstes Votum derselben zuzulassen, sonst würde sie sich nicht gegen die geheime Abstimmung sträuben und sie als unannehmbar bezeichnen. Die Forderung der öffentlichen Stimmabgabe zu

Protokoll soll den Wähler daran erinnern, daß er sich jederzeit und gegen jedermann wegen seiner Stimmabgabe zu verantworten hat. Für jeden abhängigen Wähler liegt darin eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Nicht einmal zu ihren eigenen Beamten, Angestellten und Arbeitern hat diese Regierung das Vertrauen, daß sie ohne öffentlichen Druck ihrer Ueberzeugung folgen dürften, denn gerade dieser Staatsangestellten und -arbeiter wegen will die Regierung die offene Abstimmung. Entrechtung und Einschüchterung aller abhängigen, nichtbesitzenden Wähler, das ist die Stellung der preußischen Regierung zum preußischen Volke. In der Preußenhymne heißt es:

Nicht Moß, nicht Reifige
Sichern die steile Höh'
Wo Fürsten stehn!
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Manns
Gründen den Herrscherthron
Wie Fels im Meer!

Im Wahlrechtsentwurf der Regierung lautet der Text ganz anders! Da wird das eigene Volk als der Feind des Staatswohls behandelt, dessen Existenz möglichst zu unterdrücken sei. Da wird die freie Ueberzeugung des Mannes mit Füßen getreten und die Liebe zum Vaterlande herabgelobt, daß selbst ein Pfarrer Baumann öffentlich erklärte, er schäme sich, ein Preuße zu sein! Diese Regierung ist ein Feind alles dessen, was nicht durch Besitz und zivilisierungsrechtliche Ueberzeugungslosigkeit legitimiert ist. Sie ist der Feind der Arbeiter und Angestellten, der Kleinrentner, der Kleinrentner und Kleinrentner, die sie entrechteten will. Sie ist das Werkzeug der „Besten und Reichsten“ der Nation, der Junker und Millionäre, der Konserverativen, deren Herrschaft in Preußen sie dauernd zu stützen versucht, weil diese zugleich Gegner des Reichstagswahlrechts sind und jeden Wahlrechtsraub im Reiche grundsätzlich unterstützen würden. Es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß ein Angehöriger der dritten Wählerklasse die konservative Partei in Reich, Staat oder Gemeinde in irgendwelcher Form unterstützt. Kein Lamm könnte so einfältig sein, dem Wolf sein Vertrauen zu schenken, — es kennt seinen Lohndienst und meißelt ihn. Und doch wählen Hunderttausende der Entrechteten und Verachteten, der Deklassierten konservative Abgeordnete! Nur politischer Unverstand, den ein Lamm beschämen müßte, bildet die Erklärung für solchen Wahnsinn. Diesen Unverstand zu überwinden, wird das Werk der bis in die Tiefen des Volkes eindringenden Wahlrechtsbewegung sein, die Licht und Wahrheit bis in die düsternen Höhlen trägt und den Armen das Bewußtsein seiner Menschenwürde wiedergibt.

Auch die bürgerlichen Parteien haben Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen müssen. Für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in Preußen treten nur die Freisinnsparteien ein, so sehr sie auch vieles von der Sozialdemokratie scheidet. Es ist dies ein erfreulicher Erfolg der Wahlrechtsbewegung, die diesen Parteien die Herrschaft aufzwingt. Die Nationalliberalen fordern zwar die geheime Abstimmung und die direkte Wahl; auch erhebt ihr Parteiinteresse eine gerechtere Wahlkreiseinteilung, die den Städten und Industriekreisen mit starkem Bevölkerungszuwachs den ihnen gebührenden Einfluß sichert. Aber sie wollen nichts von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wissen, sondern verlangen, daß die Stimmen nach Besitz, Bildung und Verdiensten abgewogen werden. Vereint mit den Konserverativen und der Regierung stützen sie das Dreiklassenwahlrecht; höchstens ein Pluralwahlrecht, das den Besitz privilegiert, fände Gnade vor ihren Augen. In der Landtagskommission haben die Nationalliberalen die Anträge auf Befestigung des Klassenwahlrechts, auf Herabsetzung des Wahlfähigkeitsalters, sowie auf niedrigere Maximierung der Steueranrechnung niedergestimmt. Dafür unterstützen sie durch Anträge, die glücklicherweise abgelehnt wurden, den Wahlrechtschacher der Regierung, mittels Emporhebung gewisser Wählerklassen die Entrechtung der dritten Klasse wirksamer zu gestalten, und versuchten die Drittelung der Wähler nach Wahlkreisen statt nach Stimmbezirken durchzusetzen, wodurch ebenfalls der Einfluß der Minderbemittelten geschwächt würde. Die Nationalliberalen wollten dem Volke das beleidigend-schmachvolle System der „gehobenen Wähler“ dadurch schmählicher machen, daß sie auch den sogenannten „lebenslänglichen Arbeitern“, die mindestens 12 Jahre in ein und demselben Dienstverhältnis standen, ein erhöhtes Wahlrecht sichern wollten. Das heißt die Arbeiterentlassung noch mehr in den Dienst der staatsbehaltenden Klassenpolitik stellen und neue Wahlprivilegien von Unternehmern Gnaden schaffen, — ein Lohn für alle diejenigen, die die Industrie in Zeiten des Arbeitsmangels auf Pfosten stellt. So wenig versteht diese Partei die Volkspolizei, daß sie um des schändlichsten politischen Schachers willen die schmerzlichsten Empfindungen derjenigen verleiht, die durch ihrer Hände Arbeit das ganze Staatsgefüge eigentlich erhalten. So kann nur eine Partei mit dem Arbeiter umspringen, die die Arbeit als Quelle des Reichtums anderer schätzt, den Arbeiter im Grunde ihrer Seele aber verachtet!

Und so feldham es klingen mag, — auch nationalliberale „Wahlrechtler“ werden von Arbeitern gewählt. Besonders in Wahlkreisen, wo der Liberalismus noch mächtig die Kulturkampfbauke gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Propagandisten ihre Arbeiter rücksichtslos als Stimmvieh zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassenrechte verübigen, — daß sie, die De-

geringer Teil erschienen ist, so muß man daraus schließen, daß das Organisationsleben der Dresdener Brauereiarbeiter vollständig abgehoben ist. Wir treten an Orte in eine Lohnbewegung ein, deshalb müßte es jeden Arbeiter auspornen, seine Lage zu verbessern, in die Organisation einzutreten. Vor 20 Jahren war noch nicht daran zu denken, Lohnsätze abzuschießen. Zwar hat man schon versucht, mit geringen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Als dieselben aber erfuhr, daß eine Versammlung stattgefunden hat, in welcher auch Mißstände zur Sprache kamen, da drohte man schon mit Entlassungen. Medner führte hier ein Beispiel an. Den Unternehmern ist es auch noch gar nicht eingefallen, trotz der hohen Lebensmittelpreise, gutwillig mehr zu geben, sondern die Arbeiter sollen bei Lohn- und Arbeitsverträgen selbst mitwirken. Im weiteren kritisierte der Medner den Verrat des Zentrums an der Arbeiterklasse, welches im Jahre 1902 den Posttarif bewilligte, und es wurde schon in vielen Versammlungen darauf hingewiesen, daß die Brauereiarbeiter dadurch geschädigt würden. Als aber dann später noch die Erhöhung der Brauereiersteuer hinzukam, da ja auch die „Bundes-Zeitung“ das Bier als Luxusartikel bezeichnete, da hat man hunderte Brauereiarbeiter auf Straßenplätzen gesehen. Der Reichstag hat eine Entschädigung dieser Brauereiarbeiter abgelehnt. Wäre die Organisationsleitung nicht bemüht gewesen, überall Vereinbarungen zu treffen, daß bis zum 1. Mai 1910 Entlassungen wegen Konsumrückganges nicht stattfinden sollen, so wäre das Elend unter den Brauereiarbeitern noch viel größer. Trotz der Krise ist die Mitgliederzahl des Verbandes nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Medner kommt dann noch auf die Löhne am Orte zu sprechen, wo in einem Kupferbetrieb noch Einstellungslohn der Hilfsarbeiter von 22 Mk. bestehen, in anderen Betrieben aber gar nur 19,50 Mk. und 18 Mk. gezahlt würden. Es ist unmöglich, bei diesem Lohn ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

In der Diskussion behauptete Kollege Stelzer mit Recht, daß es nur an der schwachen Organisation liege, wenn nicht mehr erreicht werde, denn der Unternehmer weiß ganz genau, wer und wie organisiert ist. Die Abrechnungen in den Brauereien haben bewiesen, daß dieselben in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen. In seinem Schlusswort weist Kollege Schel noch darauf hin, daß er kein großer Freund von vielen Versammlungen sei, denn in diesen erscheinen nur meistens ältere zielbewusste Arbeiter, sondern mehr Hausagitation muß betrieben werden; dadurch sind noch Mitglieder zu gewinnen.

Dresden. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Volster in der von circa 1000 Mitgliedern besuchten Generalversammlung gab, ist zu entnehmen, daß das Jahr 1909 mit seinen ganzen Begleiterscheinungen für die Dresdener Brauereiarbeiter insbesondere kein gutes zu nennen war. Das Bestreben der Dresdener Brauereiarbeiter sei darauf gerichtet, die Arbeitskraft des einzelnen aufs höchste auszunutzen. Dies sei vor allem daraus zu entnehmen, daß die Krankheitsziffern in ganz enormer Weise gestiegen seien. Aber nicht dieses allein, auch an den vielen Unfällen, die im vergangenen Jahre zu verzeichnen gewesen seien, sei zu konstatieren, daß man veruche, ein recht bemerkliches System in den Dresdener Betrieben Eingang zu verschaffen. Es sei dies vor allem daraus zu erkennen, daß eine Einstellung von Arbeitskräften nicht erfolgt sei, trotzdem daß durch freiwillige Austritte, Entlassungen, Todesfälle die Zahl der Beschäftigten um ein ganz erhebliches abgenommen habe. Daraus sei auch zu ersehen, daß die Mitgliederzahl, trotz intensiver Agitation, zurückgegangen sei. Nur durch das Eingreifen der Organisation konnte weiteren Entlassungen vorgebeugt werden.

Uebergehend auf die allgemeine Tätigkeit, wies Medner darauf hin, daß durch Entlassungen, Streikigkeiten und sonstige Differenzen ein Verhandeln mit den Unternehmern sich 41mal notwendig machte. Außer 4 Entlassungen, die nicht rückgängig gemacht werden konnten, erledigten sich sämtliche Differenzen zu unseren Gunsten. Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre in Bautzen, Schandau und in einer Bierhandlung in Dresden statt. Erreicht wurde bei denselben für 90 Beschäftigte eine Lohnhöhung von 5300 Mark pro Jahr. Innere Verwaltungsangelegenheiten wurden in 17 Vorstandssitzungen erledigt, während zur Aufklärung, Vertretung der Agitation in Bautzen, Dresden, Pirna, Böhla, Schönau und Zittau 47 Versammlungen abgehalten wurden. Außerdem fanden noch in Dresden 71 Betriebsversammlungen statt. Die Korrespondenz war eine recht lebhaft. An Ausgängen waren zu verzeichnen insgesamt 2414, an Eingängen 1017.

Der gegebene Rassenbericht weist für die Hauptkasse eine Einnahme von 37 553,44 Mk. und eine Ausgabe von 18 172,14 Mk. auf, so daß 19 381,30 Mk. abgehandelt werden konnten. Die Lokalkasse zeigte ein Mehr von 3304,24 Mk., so daß das Vermögen der Lokalkasse am Schlusse des Jahres 13 929,76 Mk. beträgt. Ausstellungen an dem Bericht wurden nicht gemacht.

Nach Erledigung der Wahlen wurde das Verhalten des Braumeisters Niemer zum von Plauenischen Lagerkeller einer Kritik unterzogen. Dieser Herr scheint sich nicht zu berücken, alle Arbeiter als das zu behandeln, was er selbst noch darstellt. Denn seine praktischen Erfahrungen, die er immer zum besten gibt, und seine Kenntnisse im allgemeinen lassen darauf schließen, daß es angebracht wäre, selbst mit Hand anzulegen, als daß er anderen erfahrenen Leuten Vorkhaltungen in bezug auf ihre Fähigkeiten macht. Des weiteren wurde aus demselben Betriebe über einen Unfall berichtet, der einem dort beschäftigten Ruischer Sonnabends nachts 12 Uhr beim Wierabladen zugefallen ist. Es wurde betont, daß dieser Unfall nur auf die überlange Arbeitszeit zurückzuführen sei. Allseitig wurde betont, würden die Kollegen mehr Einigkeit an den Tag legen, könnte diesem Treiben dieser bekannnten Geschäftsleitung bald ein Ende bereitet werden. Nach einem kurzen Schlusswort, die Kollegen ermahnen, im kommenden Jahre ihre Pflicht zu erfüllen, wurde die gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Brauereiarbeiterverband geschlossen.

Eisenach. Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 18 Versammlungen, darunter 3 Betriebsversammlungen, statt; ferner 9 Vorstandssitzungen. Die Ausgänge bestanden sich auf 148, Eingänge waren 104. Alsdann gab der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Jahresrechnung betrug 2417,50 Mk., die Ausgabe 604,96 Mk., an die Hauptkasse wurden abgehandelt 1808,44 Mk. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 274 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 70 Mk. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 91. Vorstand und Kassierer wurden einstimmig entlassen. Nach der Wahl des Vorstandes und Entgegennahme des Rassenberichts stand der Antrag eines Kollegen auf Wiederabnahme zur Verhandlung. Hiermit soll sich eine Betriebsversammlung beschäftigen. Ferner wurde beantragt, daß sich drei kirchlich organisierte Träger von der Aktienbrauerei bei uns haben aufnehmen lassen; hoffentlich folgen diesem Beispiel auch die anderen, damit endlich diese Zersplitterung in Eisenach verschwindet. Der Vorsitzende erbat die Kollegen, auch in diesem Jahre in bezug auf Organisation und Agitation ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun im Interesse des Verbandes und im eigenen Interesse.

Harburg. Unsere Generalversammlung hatte sich eines überaus guten Besuchs zu erfreuen. Kollege Wasserthal gab die Abrechnung der Zentralkasse und der Lokalkasse vom vierten Quartal bekannt, die für richtig befunden wurden. Sodann erfolgte Neuwahl des gesamten Vorstandes. Unter Verschiedenem riefte die Versammlung den Fall betreffs der Frauen. Da dieselben laut Gewerbeordnung des Sonnabends nur 8 Stunden arbeiten dürfen, ist ihnen seitens der Harburger Aktienbrauerei 1 1/2 Stunde vom Wochenlohn abgezogen worden. Auf der Brauerei selbst ist kein Lohnabzug gemacht worden, die Frauen müssen aber eine halbe Stunde über die gesetzliche Zeit arbeiten. Die Versammlung beschloß, daß in dieser Sache der Arbeiterausschuß vorzutreten werde.

Stel. Unsere Generalversammlung fand am 28. Januar statt. Nachdem die Aufnahmen vollzogen und der Rassenbericht erstattet war, wurde der Rassen- und Geschäftsbericht für das Jahr 1909 gegeben. Die Einnahmen der Zentralkasse im Jahre 1909 be-

trugen 18.165,86 Mk. Davon wurden an die Hauptkasse eingekandt 3629,57 Mk. Am Orte wurden 14.536,28 Mk. verbraucht; darunter an Arbeitslosenunterstützung 5627,60 Mk., an Krankenunterstützung 3510,40 Mk., an Sterbegeld 135 Mk., an Streifenunterstützung 697,75 Mk., an Bewahrgeldunterstützung 667,80 Mk. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres einen Bestand von 1429,98 Mk.; im Jahre 1909 wurden daraus an Notleidende 755,55 Mk. gezahlt. Die Mitgliederzahl ist durch Abwanderung und Uebergang zu anderen Berufen um etwas gesunken und betrug am Schlusse des Jahres 695. Von diesen sind 618 länger als ein Jahr, 99 länger als zehn Jahre Mitglied. Trotzdem alle Mittel angewandt werden mußten, um die durch die Bierpreiserhöhung mit ihren Folgen geschädigten Kollegen zu unterstützen, konnten noch 513,65 Mk. zur Unterstützung an die Schweden abgeliefert werden. Im verwichenen Jahre fanden 30 Mitglieder- und 48 Betriebsversammlungen statt. Verhandlungen wegen Differenzen waren 30 zu verzeichnen. Die Gewerbeinspektion mußte in drei Fällen angegangen werden. In einem Fall handelte es sich um einen äußerst mangelhaften Frischsüßraum, in drei Fällen um Ausbändigung des Lohntvertrags. Eingänge von Briefen usw. waren 358 und Ausgänge 1874 zu verzeichnen. Lohnbewegungen fanden 4 mit Erfolg statt. Davon waren 677 Mitglieder beteiligt. Der durch die Bierpreiserhöhung mit ihren weiteren Folgen verursachte Lohnausfall betrug für die geschädigten Kollegen und Kolleginnen rund 13 000 Mk.

Wenn auch das Jahr 1909 ein ziemlich schweres für uns war und wir manchen Streiter für die gute Sache verloren haben, so wird uns das neue Jahr doch gelüftet finden. Mögen die Kollegen nicht vergessen, kräftiger denn je zu agitieren.

Münchhausen. Bericht. Im Versammlungsbericht in letzter Nummer muß es heißen: „Der Mitgliederbestand betrug Ende 1908 330 (nicht 33).“

Landshut. Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Tätigkeitsbericht, den Kollege Neitberger erstattete, wurden abgehalten 16 Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 13 Betriebsbesprechungen. 48 mal wurde in Landshut und Umgebung von den verschiedenen Kollegen Agitation unternommen und dreimal erfolgte Hausagitation mit Erfolg. Die Zahl der Mitglieder ist von 137 auf 250, also um 113 im letzten Jahre gestiegen. Nach dem Rassenbericht, den Kollege Schrambs erstattete, betragen die Einnahmen für 1909 3541,40 Mk., die Ausgaben 1299,56 Mk., darunter 685,60 Mk. für Unterhaltungen; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2241,84 Mk. Verhandlungen mit den Unternehmern in Landshut wurden 18 geführt, zehnmal in Anwesenheit des Betriebsleiters. Es handelte sich größtenteils um Nichteinhalten des Tarifes, Behandlung der Arbeiter, Wohnungswesen, Entlassungen, Sonntagsarbeit, sanitäre Einrichtungen und Bierfahrerangelegenheiten. Der Bericht befriedigte allgemein. Nach Erledigung der Wahlen wurde beschlossen, zu jeder Versammlung durch Handzettel einzuladen, damit ein jedes Mitglied zur Stelle ist. Die Versammlung versprach, alles daran zu setzen, in diesem Jahre auch die Kollegen um Landshut zu gewinnen. Nachdem Kollege Schrambs die Verschmelzung mit dem Verband der Mühlenarbeiter besprochen, wurde das Verhalten des Braumeisters Aikenloffer der Fleischmannbrauerei einer heftigen Kritik unterzogen. Kollege Schrambs verlas das vom Braumeister erhaltene Schreiben, und wurde beschlossen, wenn der Braumeister die alten Leute noch weiter zu behandeln, dieses dem Parteil und einer Volksversammlung zu unterbreiten und alle die Ueherungen Attenloffers bekanntzugeben. Attenloffer ist nur der Scharfmacher seines Prinzipals, die Folgen hat der Besitzer einmal selbst zu tragen. Kollege Ostermeier berichtete über die Hausagitation bei den drei Wierfahrern vom Hollerbräu. Trotzdem sie die Erfolge des Verbandes für sich in Anspruch nehmen, besitzen sie nicht jebol Pflicht- und Ehrgefühl, sich dem Verbands anzuschließen. Auch wurde wiederholt das Verhalten des „Kollegen“ Obermüller scharf kritisiert, der in bezug auf Biernehmen ein Vorrecht hat. Es wird daran zu erinnern sein, wenn einmal ein anderer wegen einer geringfügigkeit gestraft wird. Mit der Aufforderung des Bezirksleiters Schrambs zum festen Zusammenhalt, zur Unterstützung der Arbeiterpreise und zum Anschluß an den Bürgerrechtsverein erfolgte Schluß mit einem Hoch auf den Verband.

Ludwigshafen. Am 30. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 28 Versammlungen statt, darunter 3 Betriebsversammlungen und 6 Mälzereiarbeiterversammlungen. Der Rassenbericht ergab eine Jahresrechnung von 3425,00 Mk., eine Ausgabe von 1199,48 Mk.; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2225,92 Mk. Der Abschluß eines Tarifvertrages mit den Brauereien in Mannheim-Ludwigshafen sowie mit den zur Zahlstelle gehörenden Mälzereien machte 10 Verhandlungen notwendig. Der alte Vorstand wurde mit wenigen Änderungen wiedergewählt.

Mainz. Unsere Generalversammlung fand am 29. Januar im „Goldenen Pfing“ statt. Kollege Gerner gab den Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 1909, welches durchweg im Zeichen des Kampfes stand. War es doch, trotz 10 monatlicher Verhandlungen nicht gelungen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festzulegen; alle friedlichen Versuche scheiterten an der kategorischen Erklärung der Mainzer Brauindustrie: „Vor Erledigung der Braumalzsteuerborlage im Reichstage gibt es nichts.“ Unmöglich konnte die Arbeiterkraft sich diese Behandlung noch dauernd bieten lassen; waren die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Mainz doch geradezu sprichwörtlich geworden und drohten zu einem Genarris für weitere Bewegungen im Reiche zu werden. Was unsere Mainzer Unterneher nicht gutwillig gewähren, mußte durch siebenwöchentlichen Streik, unterstützt durch die Sympathie der gesamten Bevölkerung, erzwungen werden. Großartige Erfolge sind erzielt worden; mit alten verrotteten Zuständen wurde aufgeräumt. Den Mainzer Brauereien ist es hoffentlich eine Lehre, daß man die Schiltierung der Arbeiterkraft nicht ungestraft auf die Spitze treiben darf. Trotz der wirtschaftlichen Erfolge sind unsere Bemühungen, die indifferenten Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, umsonst gewesen. Die allgemeine Arbeitslosigkeit am Orte in der Gesamtindustrie und übergroße Furcht vor Arbeitslosigkeit hält die Kollegen vielfach vom Anschluß an die Organisation zurück. Betriebsversammlungen wurden abgehalten, sie waren durchweg schlecht besucht; Hausagitationen, welche vorgenommen wurden, brachten ebenfalls nicht den erhofften Erfolg. Mit dem neuen Jahre soll eine neue Methode angewendet werden und ist Aussicht, daß dieselbe mehr Erfolg hat.

Die infolge der Brauereierhöhung eintretende Bierpreiserhöhung zeitigte eine lebhaft Abwechsbewegung seitens der Konsumenten. Die Brauereien verhielten sich jedoch so halten durch Einschränkung von möglichst viel Feierlichkeiten; also auch hier wieder bekamnt der Arbeiter den Segen der „Finanzreform“ am eigenen Leibe zu spüren. Gerade bei diesem Anlaß bewies sich die Notwendigkeit der Organisation glänzend. Zahlte doch die Zahlstelle Mainz-Wiesbaden im 4. Quartal 1909 nicht weniger als 1689,66 Mark an Unterstützung für Kollegen aus, welche Opfer der „Finanzreform“ wurden. Nicht weniger als 1126 Arbeitstage gingen untern organisierten Kollegen im vierten Quartal verloren.

Lohnsätze wurden mit den Mälzfabriken in Rierstein und Kottheim abgeschlossen. Differenzen waren im Laufe des Geschäftsjahres eine Menge zu schießen; so machte sich persönliches Vorkelligwerden 66mal erforderlich. Außerdem mußten wir 56mal schriftlich auf Abschaffung von Mißständen drängen. Vorstandsa- und Betriebsmannersitzungen wurden 17 abgehalten, Lokalkommissionssitzungen 21, Mitgliederversammlungen wurden in Mainz abgehalten 11 und in Wiesbaden 10; Geschäftsversammlungen und Besprechungen 72, öffentliche Versammlungen fanden statt in Mainz 8 und in Wiesbaden 1. Der Kartenumsatz betrug 11578 in der ersten Vertragsklasse und 524 in der zweiten. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 5971,70 Mk., die Ausgaben 6094,91 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse inklusive Rassenbestand waren 1183,28 Mk., die Ausgaben 1250,24 Mk., mithin Rassenbestand 938,08 Mk. Auf Sammellisten für die Streikenden wurden in Mainz 1170,20 Mk. aufgebracht. Die Zahlstelle Frankfurt hat den

Streikenden 302,15 Mk. überwiesen, was hiermit dankend erwähnt sei.

Die Geschäftslage in den Mälzfabriken ist bald noch schlechter als in den Brauereien. Einzelne Betriebe und gerade die größten arbeiten nur im beschränkten Maße. Wenn es trotzdem möglich war, mit zwei Mälzfabriken Tarife abzuschließen und bedeutende Vorteile für die Kollegen herauszuholen, so beweist dies am besten den Wert und Nutzen der Organisation. Auch im neuen Jahr ist an der Besserstellung der Lage unserer Kollegen von Mainz-Wiesbaden und Umgebung viel zu tun; die beste Gewähr, daß dies in ausgiebigstem Maße gelingt, ist eine starke, ausgebaute Organisation. Deshalb auf Kollegen, helfe mit in der Agitation, rühle die Indifferenten auf und führe den letzten Mann der Einheitsorganisation, dem Brauereiarbeiterverband, zu, dann können wir ruhig im neuen Jahr allen Eventualitäten entgegensehen.

Mühlhausen i. Gf. Unsere Generalversammlung fand am 16. Januar statt. Vorerst erstattete der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahmen betragen 2380,85 Mark, die Ausgaben 725,94 Mk., an die Hauptkasse wurden gezahlt 1655,01 Mk. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Tätigkeitsbericht fanden 10 Versammlungen und 11 Betriebsversammlungen statt, ferner eine Reihe Sitzungen zur Erledigung der Zahlstellen-geschäfte. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 90. Trotz des Bierboikotts, der über 7 Monate mit voller Schärfe hier durchgeführt wurde, ist die Mitgliederzahl nahezu auf der alten Höhe geblieben. Es ist das nur der geschaffenen Organisation zu verdanken, die manche Schwierigkeiten überwinden konnte. Einige Kollegen sind halt Opfer der Brauereierpolitik geworden. Des weiteren wurde noch berichtet über den Tarif der Mühlhauser Brauerei, der wieder erneuert wurde und den Kollegen eine Reihe von Verbesserungen brachte; mit dem Erfolg können die Kollegen vollauf zufrieden sein, und wird es ihre Aufgabe sein, die Organisation noch mehr zu befestigen, um auch in Zukunft ihre Verhältnisse bessern zu können. Das gilt auch für die Kollegen der Ruitzbacher Brauerei, deren Tarif im Herbst abläuft, wenn sie ihre Verhältnisse wieder tariflich geregelt und verbessert sehen wollen. Auch die Kollegen der Brauerei Deggermann mühen sich infolge des Bierkrieges mit ihren alten Tarifverhältnissen einzuhalten; noch aufzubrechen geben. Es wurde auch schon beredene Mite verjucht, die Arbeiter und Fahrer in den Bierdepots für die Organisation zu gewinnen und wäre es endlich Zeit, daß auch diese Kollegen sich endlich aufrufen, um ihre tieftaurige Lage zu verbessern; das kann nur geschehen, wenn sie sich Mann für Mann dem Brauereiarbeiterverband anschließen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich mehr der Agitation zu widmen und nicht alles einmengen zu überlassen, auch den Versammlungsbesuch zu fördern, damit auch Mühlhausen eine Musterstätte der Organisation werde.

München. In der am 27. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Jacob den Jahres- und Tätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß das verfloffene Jahr wie das vorhergehende ein Jahr mühevoller Arbeit war. Am 18. Januar 1909 ist nach neuntagigen Verhandlungen der Tarif für die Zeit 1909 bis 1. Januar 1913 abgeschlossen worden. Die Herren Arbeitgeber waren sehr hartnäckig, wie aus den Preisberichten des Vorjahres zu sehen ist, jedoch wurden für die Arbeitnehmer nicht unwesentliche Verbesserungen erzielt, die in dem gedruckten Jahresbericht spezialisiert angeführt sind. Eine unserer besten Errungenschaften dürfte die Anerkennung des Gewerbegerichts als Einigungsamt sein. Eine leidige Frage war es für die verantwortlichen Vertreter des Verbandes beim abgelaufenen Tarifvertrag, wo über Recht oder Unrecht nur der Ortsverband der Arbeitgeber glaupte entscheiden zu können. Unbelümmert um die Rechte der Arbeiter wurde den Arbeitervertretern mitgeteilt, der Ortsverband hat beschlossen, ihren Wünschen und Angaben nicht stattgeben zu können. Ein Beweis, wie notwendig zur Regelung der beschiedenen Auslegungen der Vertragsparteien das Einigungsamt war, geht aus dessen Tätigkeit im ersten Tarifjahr hervor, denn es mußte nicht weniger als sieben Sitzungen von je 4-5 Stunden abgehalten. Die Resultate können wir des großen Umfangs halber hier nicht geben, sie würden den Mitgliedern einzeln im Druck ausgehändigt. Die Regelung der nichtgesetzlichen Feiertage ist immer noch nicht zufriedenstellend und es wäre sehr zu wünschen, wenn mit gegenseitigem Einverständnis eine nochmalige eingreifende Durcharbeitung dieser Frage erfolgen könnte. Ein Teil der Brauereien kann sich sehr schwer dazu verstehen, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten zum Vertragsverhältnis stehen, sie greifen zu allen möglichen Auslegungen des Tarifes, und nur durch besonnenes taktvolles Vorgehen und Zusammenstehen der Arbeiter kann Abwehr erfolgen.

Unterhandlungen haben stattgefunden wegen Nichteinhaltung der festgelegten Arbeitszeit 13, wegen Ueberschreitung der Sonn- tagsarbeit und Ueberstunden 16, wegen Nichteinholung der Vergütung bei Krankheit 12, wegen Nichtgewährung des Urlaubs 7, wegen ungerechter Entlassung und Verzögerung 23, wegen Angriffe auf das Koalitionsrecht 14, in verchiedenen Angelegenheiten 70, in Summa 155. Davon waren von Erfolg 110, keinen Erfolg hatten 45.

Mit dem Kreisverband oberbayerischer Landbrauereien, der sich gegründet hat, wurden wegen Abschluß des Bezirks- und Zonen- tarifs 16 Verhandlungstage erforderlich.

Versammlungen und Sitzungen. haben im Berichtsjahre im ganzen 501 stattgefunden, davon sind 205 nur Betriebsversammlungen. Nach Monaten eingeteilt fanden Versammlungen statt: Januar 31, Februar 48, März 42, April 46, Mai 40, Juni 44, Juli 24, August 32, September 46, Oktober 57, November 49 und Dezember 42. Korrespondenzen und Druckfachen sind eingelaufen insgesamt 3720. Ausläufe waren vom Bureau zu verzeichnen in Summa 5897. Der Mitgliederbestand beträgt 3220 männliche und 199 weibliche. An Einnahmen hatte der Verband zu verzeichnen 83 852,75 Mk. An die Hauptkasse wurden abgehandelt 39 744,22 Mk. Von den Ausgaben haben wir hervor: die Krankenunterstützung für die Mitglieder 16 202,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 4752,45 Mk., Bewahrgeldunterstützung 1873,75 Mk. Die Lokalkasse weist einen Stand auf am 1. Januar 1910 von 9111,92 Mk.

Die Kollegen wollen mit uns befreit sein, auch in diesem Jahre die Interessen der Brauereiarbeiter zu wahren und geloben wir uns, in diesem Sinne zu handeln. Alles muß daran gesetzt werden, die Organisation auszubauen, um dem koalitierten Unternehmertum eine Macht entgegenzusetzen, die sie zwingt, die uns stehenden Rechte anzuerkennen.

Posen. Zum ersten Male fand hier eine Brauereiarbeiter- versammlung statt. Dieses außergewöhnliche Ereignis hatte die Betriebsleitung der Neuen Posener Brauerei ganz aus dem Häuschen gebracht, sie hatte nach der Versammlung einen ihrer Kontorangestellten als Spion geschickt, welcher wahrheitsgetreu berichtet sollte, was über die Leitung dieser Brauerei dort gesagt werden würde. Ihre Leute hatte sie schon einmal, als eine Versammlung stattfinden sollte, Sonntags Nachmittags in die Brauerei bestellt, so auch diesmal wurden die Ruischer des Sonntags Nachmittags, um sie von der Versammlung abzuhalten, nach der Brauerei bestellt.

Gauleiter Klippel hielt einen Vortrag über den Wert und die Aufgabe des Brauereiarbeiterverbandes, und stellte Vergleiche an, wie äußerst häufig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegen- über anderen Großstädten in Posen noch sind. Der Medner legte den Anwesenden so recht deutlich klar, daß niemand ihnen helfen werde außer dem Brauereiarbeiterverband. Im weiteren kennzeichnete er die Leitung der Neuen Posener Brauerei, welche ein schlechtes Gewissen und große Angst haben müsse, sonst würde sie die Arbeiter in den Versammlungen nicht bestipeln lassen. Dem anwesenden Spion wurde bedeutet, daß es nicht gerade eine Ehrensache sei, die Arbeiter, welche ein größeres Stüd Brot sich erkämpfen wollen, in dieser Weise auszuliefern. Der größte Rumb im ganzen Land, das ist und bleibt der Demagog! Dieses Vergehen durfte er sich vor der ganzen Versammlung sagen lassen.

ohne daß der Herr sich etwas daraus machte. Von großen moralischen Gefühlen kann bei ihm nicht die Rede sein...

Nun auf zur Agitation, jetzt gilt es zu zeigen, daß wir ernstlich gewillt sind, uns menschenwürdigeren Verhältnisse zu erwirken...

Stettin. In der Generalversammlung wurden zunächst die Wahlen vollzogen und gab dann Kollege Boldt den Jahresbericht...

Die Kollegen werden diese Zulage nicht aufpassen, sondern sie auf den Geldmarkt bringen. Redner führte aus, daß der jetzt gezahlte Lohn noch lange nicht so hoch ist...

Wiesbaden. In unserer Generalversammlung am 23. Januar gab zunächst Kollege Vinjad den Kartellbericht und namentlich betreffend den Bontoff der Firma Geres...

Kollege Gerner-Mainz gab den Kassenericht. Die Gesamt-einnahme betrug 8185,81 M., die Ausgabe 6994,81 M. an die Hauptkasse...

Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß die Kollegen durch die Bierpreiserhöhung auch arg in Mitleidenenschaft gezogen waren...

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Siegert Entschädigungsfrage gegen die organisierten Kollegen der Wilkabräueri an. Das Schöffengericht Erlangen hat in der Sache am 27. Dezember 1909 Urteil dahin erlassen:

Zu erwähnen ist noch, daß in der Anklageschrift auch noch bemerkt war, daß der betreffende Wirt oder dessen Gintermann Siegert sich noch weitere Erfordernisse vorbehalten...

Wir bedauern nur die Brauereiarbeiter, die derartigen Söldlingen Gefolgschaft leisten. Ein jeder von ihnen weiß, daß der Verband für die Kollegen bedeutende Vorteile errungen hat...

Einigungsämter und Schiedsgerichte in Norwegen. Im Juli 1908 ernannte die norwegische Regierung ein Komitee zur Beratung und Ausarbeitung von Gesetzesvorlägen über Vermittlung und schiedsgerichtliche Entscheidung in Arbeitsstreitigkeiten...

Soweit ist das Komitee einig in seinen Vorschlägen, und auch darüber ist es einig, daß Arbeitseinstellungen, sei es durch Arbeiter oder Arbeitgeber, nicht stattfinden sollen...

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Die Adresse des Vorsitzenden muß jeder Zeit dem Hauptvorstand und dem Bezirksleiter bekannt sein.

Notizkalender für 1910 sind noch eine Anzahl Exemplare vorhanden. Preis 50 Pf. Jedes Mitglied sollte im Besitze eines Kalenders sein...

Fragebogen. Während der letzten Woche bis zum Redaktionschluss dieser Nummer gingen aus folgenden Orten Fragebogen, Formular I bis IV, ein: Udenbach, Brannenburg, Grefeld, Duisburg, Guben, Oranienburg, Pfungstadt, Neutlingen, Straßburg, Traunstein, Waldkirch.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. Hermann Dargatz, Buch Nr. 58 749, geboren den 9. Februar 1886 zu Schönbach, eingetretten 20. April 1908 in Stettin.

Eingänge der Hauptkasse vom 21. bis 27. Februar. Für Beiträge: Hof 200, Gera 250, Kassel 200, Weimar 100, Zwickau 300, Brüssel 2, Jena (Rechtschutz) 20,95, Detmold 131,31 M.

Materialversand. Straubing 25 Mitgliedsbücher, Eberfeld 50 Mitgliedsbücher, Bremen 100 Mitgliedsbücher und 20 000 Marken a 50 Pf., Roien 100 Mitgliedsbücher, 400 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf., Bamberg 20 Mitgliedsbücher und 2400 Marken a 50 Pf., Leutlich 20 Mitgliedsbücher, Niefa 400 Marken a 50 Pf., Neustadt 100 Marken a 30 Pf., Grimma 1600 Marken a 50 Pf. und 300 Marken a 30 Pf., Stadthagen 10 Mitgliedsbücher und 800 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen. Darmstadt. Unterstützung zahlt aus Kollege Schäfer, Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 10. Gorbarg. Vorsitzender St. Schult, Werderstr. 82 II, Kassierer Fr. Goltze, Lindenstr. 80 I.

Veranstaltungen. Sonntag, den 5. März. Pirna. 8 Uhr bei Adolf Schüpke, Dankelsbachstr. 23. Weimar. 8 1/2 Uhr, Volkshaus.

Veranstaltungen. Sonntag, den 6. März. Kitzingen. Gasthaus zum Stift, Grefeld, Okerath, St. Thonies. Vormittags 11 Uhr bei Wunich, Gölzstr. 19. Darmstadt. 2 Uhr Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. Einbest. 2 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus, Göttingen. 2 Uhr Turnhalle in Holzheim.

Veranstaltungen. Montag, den 7. März. Utena. 8 Uhr bei Gög, Flügelstraße. Berlin. 8 Uhr bei Gög, Flügelstraße.

Veranstaltungen. Aus Gießen wurde das Buch Nr. 28 176, ausgestellt auf August Will aus Lich, eingetragen am 1. 3. 1903. Beim Vorzeigen ist es einzuziehen und an den Hauptvorstand einzusenden.

Achtung! Kollegen!

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereien anzugeben, welche Malz aus der Neuen Pöfener Brauerei und Malzfabrik beziehen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schwärzstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275. Diese Woche ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Veränderungen. Sobald in Zahlstellen eine Veränderung in der Leitung erfolgt, oder der Vorsitzende seine Wohnung wechselt, ist dieses sogleich dem Hauptvorstand und dem betreffenden Bezirksleiter mitzuteilen...

Rundschau.

Die verunglückte Bundes-Kampagne in Erlangen.

In der Wilkabräueri in Erlangen wurde im vorigen Jahre acht Tage vor Pfingsten ein Bundesmitglied namens Wirt eingestellt. Von der Direktion dieser Brauerei war aber ein unorganisierter Arbeiter verprochen, bei Bedarf von Arbeitskräften e-gehallt zu werden...

Sie arbeitete 8 Tage im dem Betrieb, ohne daß ihm von Seiten der Verbandskollegen zu nahe getreten wurde. Pfingstmontag wurde er entlassen. Die beiden Pfingstfeiertage wählten die anderen Arbeiter den ganzen Tag ausgebreitet arbeiten.

Die sehr die Kollegen Ursache hatten, auf dem Kopfen zu sein und ihre Rechte und Interessen gegen solche Eingriffe zu schützen, zeigt sich gerade in letzter Zeit, wo man die Beobachtung machen konnte, daß von Seiten der Brauereiwirtschaft die Bundesgegner nur dazu benutzt werden, den verurteilten Partei nicht mehr einzufügen...

100 Stück gute 6 Pf.-Zigarren für 3.- M. Sie ist in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontinentalen Lombard-Gesellschaften usw. anlaufe...

Wasserdichte Holzschuhe! Hch. Schäfer, Gasse, Schürzstraße 5. Das Beste ist das Nützliche. Hierherfabrik a. Webers E. Fritsche, Niederderwitz 1. Sa. Der Herr Kollege Josef Bauer und seiner lieben Frau Marie Landenberger zur Vermählung am 2. März die herzlichsten Glückwünsche...

Brauerstiefel mit 2 Gittersohlen wie Abbild. (zum schürzen od. mit Riemen. Paar 10 Pf. wenig.) ohne od. mit Stahl. Fußhüter, hinten ohne Naht, aus einem Stück geschmeidigen, absolut wasserdichten, garantiert reinen Rindleder (sein in Nähe lappig und nicht verwechendes Spaltleder wie meist Babenares), mit richtigen, trockenen, imprägnierten, leichten Holzsohlen, Gipsboden, leichten Holzsohlen, Paar Nr. 3, 66, mit Abstreifen und 2 1/2 Pf., mit imprägnierter Lederhülle 90 Pf. mehr pro Paar, ohne Holzsohlen mit imprägnierter, wasserdichten Doppellederhülle in reiner Handarbeit Paar Nr. 8, 40, ferner mit imprägnierter, wasserdichten Doppellederhülle in reiner Handarbeit mit eingearbeiteter elast. Holzsohle, Ideal-Gebrauch und Lurenschutz gegen Nässe und Kälte, Paar Nr. 11, 25, liefert in Herrengrößen, unbedenklich in Material, Arbeit und Form mit direkt an der Brauerei gefertigten, feinsten, Gummisohlen (Seit 18-3) Verpackung: frei, Porzellan, extra Versand: Nachnahme. Garantie: Rücknahme wie meist Babenares). Mit Eisen- oder Zinnfüßen. Preisliste mit Veranschaulichungen, auch über Verlagsstellen, gratis und franco in jeder Sprache. 15 Pf., Einzelstücke, Kopfbau mit G. Gipsboden, Paar 30 Pf. - Herr E. K. in K. schreibt am 21. 4. 1909: „Die Schuhe sind jetzt unbedenklich für den Brauereibetrieb.“ Den neuvermählten Paaren Geinrich Stahl und Karl Eubers nebst ihren lieben Frauen die besten Glückwünsche nachträglich. Die Verbandskollegen des Braueri B. Goppoldt, Berlin.